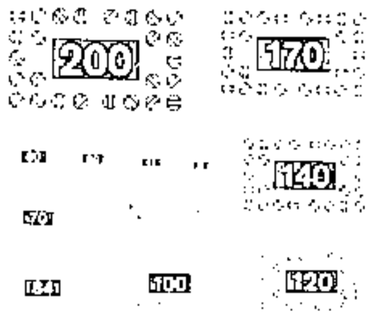

Politik für Deutschland

Sozialdemokratische Beiträge 1962–1964

DGB
Archiv
Exemplar
Bundesvst
AKO-30-
811

Politik für Deutschland

Sozialdemokratische Beiträge 1962–1964

Zusammengestellt von
Fritz Sänger
und Eugen Selbmann

DGB
Archiv
Exemplar
Bundesvorstand

Herausgeber: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn, Erich-Ollenhauer-Haus, Friedrich-Ebert-Allee 170 — Druck: Neuer Vorwärts-Verlag, Abt. Bonn-Druck, Bonn, Burgstraße 79-81.
Umschlagentwurf: Eilgard Richter — 11 · 64 — A 1 · 2

" . . . von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden zu dienen . . . "

" . . . in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, Präambel

VORWORT

Es hat Sinn, das Buch des politischen Soll und Haben sorgfältig und redlich zu führen. Die Sozialdemokraten haben das in der hundertjährigen Geschichte ihrer Partei und ihrer Arbeit in besonderem Maße erfahren. Keine andere Partei oder politische Gruppe in Deutschland legt in gleicher Weise Rechenschaft ab über den Anfang, den Weg und das Ergebnis ernster, opfervoller und auch erfolgreicher Arbeit.

Auf jedem ihrer Parteitage zieht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Bilanz. Jeder Bürger des Landes kann, wenn er will, lesen oder hören, was diese Partei gewollt und was sie erreicht hat. Er kann auch feststellen, was sie mit Energie erstreben will oder erstreben muß, weil Widerstände den Weg nach vorn noch versperren.

Die Arbeit einer Partei, die immer nur ein Teil des Volkes sein kann, muß für das Ganze getan werden. Die Arbeit der SPD ist eine Politik für Deutschland. Das Ziel ist unverändert geblieben: Freiheit für die Menschen in Deutschland. Der Weg dorthin muß sich an den Änderungen in der Welt orientieren. Er muß die täglich neu geschaffenen Tatsachen berücksichtigen, wenn unser Land nicht in die Isolierung geraten soll. Es ist gerade die Kunst in der Politik, das Ziel anzusteuern und schließlich zu erreichen, trotz aller Widerstände und trotz eines schnellen Wandels der weltpolitischen Faktoren.

Es ist der Sinn dieser Schrift, Stellungnahmen der SPD und einiger ihrer Sprecher zu den Ereignissen und Entwicklungen zusammenzufassen, die seit dem Parteitag in Köln im Jahre 1962 eingetreten sind. Der Staatsbürger hat den Anspruch auf umfassende Informierung. Diese Schrift ist ein Teil davon.

Ich hoffe, daß sie dazu beiträgt, dem Leser eine eigene Meinungsbildung zu erleichtern. Unser erklärter Wunsch ist es, die Politik für Deutschland mit noch mehr Verantwortung gestalten zu können.

(Willy Brandt)

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lebt und wirkt im ganzen deutschen Volke. Sie steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Sinne erstrebt sie die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit."

Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. November 1959.

Die Grundsätze der politischen Arbeit der deutschen Sozialdemokraten sind im Godesberger Programm 1959 festgelegt worden; Leitgedanken und Ziele sind dort aufgezeigt. Was jedoch in jeder besonderen Situation zu tun möglich und geboten ist, wie die politische Arbeit unter den zur Zeit gegebenen Umständen geleistet werden kann, damit sie das Ziel näherbringt, das ist immer von neuem zu prüfen und zu entscheiden. Die alle zwei Jahre stattfindenden Parteitage der SPD bieten Möglichkeit und Anlaß zur Analyse und zur Kennzeichnung neuer Wegemarken.

Auf dem Parteitag in Köln 1962 wurden Entschließungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, zur Lage Berlins, zur Europapolitik, zur Entwicklungspolitik und zur Lage in der Sowjetzone gefaßt. In diesen Entschließungen wurden der Vorstand der Partei und die Fraktion der Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag aufgefordert, „um eine Erweiterung des außenpolitischen Verhandlungsspielraums in der Deutschland- und Berlinfrage" bemüht zu sein, „jedes Verhandlungsangebot ernsthaft zu prüfen" und „möglichst zu konkreten Verhandlungen" zu nützen. Es sollten „realisierbare" Vorschläge erarbeitet werden, mit deren Hilfe das Los der Menschen in der Zone erleichtert und der wirtschaftliche und geistige Austausch zwischen beiden Teilen Deutschlands gefördert werden kann.

An diese Beschlüsse knüpften Reden und Entscheidungen an, die in der Zeit nach dem Kölner Parteitage Aussagen zu aktuellen Ereignissen machten. Die Kuba-Krise im Herbst 1962 brachte die Welt an den Rand einer atomaren Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika. Durch seine feste und nüchterne Haltung hat der amerikanische

Präsident Kennedy den Erpressungsversuch der Sowjetunion (Stationierung von Raketen auf Kuba) abgewehrt. Die Sowjetunion mußte erkennen, daß sie ihre weltrevolutionären Ziele mit militärischer Erpressung nicht erreichen kann. Sie mußte sich zurückziehen. Die Folgen dieses Ereignisses wirkten sich auf die weltpolitische Lage in den weiteren Jahren aus. Im Bewußtsein der Macht und der Verantwortung der Vereinigten Staaten ihren Verbündeten gegenüber führte der amerikanische Präsident konsequent seine Politik der **Strategie des Friedens** weiter. Im Rahmen dieser Grundkonzeption bemühte sich die SPD, ihren Beitrag zu leisten.

Das Material berücksichtigt nur Aussagen und Beschlüsse aus den Jahren 1962 bis 1964, schließt an den Parteitag von Köln an und leitet bis zu dem Parteitag von Karlsruhe (1964) hin.

A. AUSSENPOLITIK UND SICHERHEIT

1. Deutschland in der Weltpolitik

a) Partner in der freien Welt

Die außenpolitische Stellung der Bundesrepublik Deutschland auf der Seite des Westens ist unverrückbar. Das erfordert die korrekte Erfüllung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen im atlantischen Verteidigungsbündnis. Freiheit und Frieden für unser Volk sind nur durch vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika und allen anderen Bündnispartnern zu bewahren.

Verbundenheit mit der freien Welt

Die Lage unseres Volkes erfordert dringend eine solche Versachlichung der Politik. Wir haben sie schon vor einem Jahr für notwendig gehalten. Heute sind wir leider durch die Entwicklung bestätigt. Ob wir uns als freier Teil des deutschen Volkes in der Bundesrepublik behaupten, ob wir die Freiheit und die Lebensfähigkeit Berlins bewahren und sichern, ob unser Verlangen nach Selbstbestimmung für das ganze deutsche Volk als Grundlage für die Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit im Bewußtsein der Welt lebendig bleibt, bis die Voraussetzungen für ihre Verwirklichung gegeben sind, das alles hängt ab von unserer Verbunden mit der freien Welt. [1] *)

Festigung der westlichen Position

Aber ich meine, die Anerkennung dieser Leistung der Vereinigten Staaten auch für die Festigung der westlichen Position allein genügt doch nicht. Die Anerkennung verpflichtet uns, unseren Beitrag dafür zu leisten, daß diese Zusammenarbeit des freien Westens noch stärker und effektiver wird und daß sie jetzt nicht durch innere Auseinandersetzungen in Europa unter Vorstellungen nationalpolitischer Art aus dem 19. Jahrhundert zurückgeworfen und zerstört wird. Die Gefahr der Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Kräften der Welt ist noch nicht gebannt. Vielleicht richtig: wir sind etwas beruhigter. Vielleicht ist die Gefahr eines schrecklichen Zusammenstoßes geringer. Aber das darf uns nicht dazu führen, daß wir, wie z. B. im Falle des Scheiterns der Verhandlungen in Brüssel, Herrn Chruschtschow einen Erfolg gratis ins Haus liefern. [2])

*) Die Zahl hinter dem Zitat verweist auf die Quelle, siehe Anhang

Europäisch-atlantische Partnerschaft

In seiner Rede vom 4. Juli 1962 hat der amerikanische Präsident die europäisch-atlantische Partnerschaft angeboten, eine Partnerschaft, die weit über notwendige Verteidigungsmaßnahmen hinausgeht. Diese bedeutende Rede ist leider ohne vernehmliches europäisches Echo geblieben. Die Bundesregierung steht jetzt vor der Frage, ob sie fähig ist, die Ideen des amerikanischen Präsidenten aufzugreifen und sie weiter zu entwickeln. Die Bundesregierung steht aber immer in der Gefahr eines Pendelschlages zwischen krankhaftem Mißtrauen oder gefälligem Nachplappern, während es in Wirklichkeit darauf ankommt, an der Zielsetzung mitzuarbeiten, die in der Rede des Präsidenten Kennedy enthalten war. [3])

Bewegungsraum der deutschen Außenpolitik

Auch die Außenpolitik ist dem Wandel durch die Veränderung weltpolitischer Kraftverhältnisse unterworfen. Unser Volk ist seit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zerrissen. Im westlichen Teil des Vaterlandes konnten wir eine freiheitlich demokratische Grundordnung errichten. Jenseits der Demarkationslinie wurden den Deutschen kommunistische Herrschaftsformen aufgezwungen. Die Hoffnung, daß die militärische Stärkung des Westens nicht n u r unsere Sicherheit gewährleisten, sondern a u c h den Weg zur Einheit ebnen würde, hat sich nicht erfüllt. Die sowjetische Atom- und Raketenrüstung löste eine Euphorie der Macht aus, welche sich im Berlin-Ultimatum des Jahres 1958 und in dem Druck auf Zementierung der deutschen Spaltung niederschlug. Die in der Kuba-Krise sichtbar gewordene Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, von ihrer gewaltigen militärischen Macht notfalls vollen Gebrauch zu machen, führte zu einer realistischeren Einschätzung der Lage durch die Sowjetunion. Dazu haben die Schwierigkeiten im eigenen Lager ebenso beigetragen wie die ersten sichtbaren Erfolge des europäischen Einigungswerkes. Die Sozialdemokratische Partei ist sich bewußt, wie eng heute der Bewegungsraum der deutschen Außenpolitik ist. Sie hat sich nicht der Regierungsmehrheit angeschlossen, sondern die Konsequenzen aus dem nicht von ihr zu vertretenden Hinscheiden früherer Möglichkeiten gezogen. [4])

Führungsanspruch der USA

Man empfindet es als kränkend und beleidigend für uns Europäer, daß die Amerikaner eine Art leadership in Anspruch nehmen . . . Ein Führungsanspruch ergibt sich ganz von selbst aus der bloßen Tatsache der Unentbehrlichkeit der Vereinigten Staaten und der Höhe des Risikos, das sie beim etwaigen Gegenschlag eingehen. Wer mit seinem Engagement das letzte Risiko auf sich nimmt, indem er einem Bundesgenossen zu Hilfe eilt, der wird immer das letzte Wort zu sprechen haben, ob einem das gefällt oder nicht. [5])

Atlantische Partnerschaft

Die atlantische Partnerschaft muß Wirklichkeit werden, nicht nur als Verteidigungsbündnis. Als eine Partnerschaft zweier Weltmächte und als Kristallisationspunkt freier Menschen überhaupt. Als eine Basis, von der aus man nicht nur den Ost-West-Konflikt würde besser bestehen können, sondern von der aus man auch in der Lage sein würde, den Entwicklungsländern wirksamer beizustehen, ohne jene Umwälzungen zu bewältigen, die das Leben der Menschen in dieser Generation so wesentlich verändern. [6])

Frieden und Freiheit

Wir brauchen nicht von Monat zu Monat oder von Jahr zu Jahr nach irgendwelchen aktuellen Anknüpfungspunkten dafür zu suchen, wie wir die deutsche Frage in den internationalen Diskussionen ins Spiel bringen können . . .

Bei uns stimmt das, was wir im Innern erstreben überein mit dem, worum wir uns in den auswärtigen Beziehungen bemühen. Wir sagen offen, daß die größte und die dringendste Aufgabe die ist, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern. Wir sind stolz darauf, wie auch immer im Wandel der Zeiten und der Generationen in den Widrigkeiten der Strömungen sich die Notwendigkeiten verändert haben, daß der demokratische Sozialismus und d. h. unsere Vorgänger, Generation für Generation, immer von dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität erfüllt gewesen sind und erfüllt bleiben werden. [7])

b) Im Spannungsfeld zwischen Ost und West

Die Bemühungen um Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wurden nach der Kuba-Krise fortgesetzt. Diese Bemühungen stießen im kommunistischen Block besonders durch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Peking, aber auch bei den westlichen Verbündeten, auf Schwierigkeiten. Aufgabe deutscher Politik war es nach sozialdemokratischer Auffassung, die Bemühungen um eine Entspannung zu fördern, weil sie auch im Interesse Deutschlands liegt, andererseits aber darauf zu achten, daß bei diesen Verhandlungen die politischen Probleme und hier besonders die deutsche Frage zur Diskussion gestellt werden.

Es gibt keine andere Perspektive für den Frieden als den Frieden zusammen mit der Sowjetunion, und es gibt keine Selbstbestimmung für den von uns getrennten Volksteil und keine Lösung der deutschen Frage ohne Einigung mit der östlichen Weltmacht. [8])

Illusionslos und stark bleiben

Man muß sich allerdings stark fühlen, wenn man die Spannungen erfolgreich abbauen will. Minderung der Spannungen aus Schwäche wäre Verzweiflung, öffnete der Erpressung Tor und Tür und wäre der Anfang vom Ende. Wir in Berlin haben Ja gesagt zu den Sondierungsgesprächen zwischen Washington und Moskau. Wir haben unsere Vorschläge unterbreitet für eine tragbare Zwischenvereinbarung über Berlin. Wir haben graduelle Veränderungen vorgeschlagen, um die Spannungsursachen auf deutschem Boden auszuräumen und der Selbstbestimmung auch in unserem Teil der Welt den Weg zu ebnen. [9])

Normalisierung der Beziehungen zu Osteuropa (Jaksch-Bericht)

Der Bundestag hat nach sorgfältiger Vorarbeit am 14. Juni 1961 hierzu einstimmig einen grundlegenden Beschluß gefaßt. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit ihren Verbündeten eine Ostpolitik zu führen, deren Ziel die Wiederherstellung eines freien Gesamtdeutschland ist, das auch mit der Sowjetunion und allen osteuropäischen Staaten friedliche und gedeihliche Beziehungen unterhält. Zu diesem Ziel soll die Bundesregierung jede sich bietende Möglichkeit ergreifen, um ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Staaten zu gelangen und einige weitere Maßnahmen treffen. Diese Entschließung war getragen von dem Geist guter Nachbarschaft und dem Willen zur Aussöhnung auch mit jenen Völkern, die ebenso wie unsere westlichen Nachbarn Opfer der nationalsozialistischen Aggressionspolitik gewesen sind. Die Bundesregierung wird unsere volle Unterstützung haben, wenn sie sich um die Durchführung dieses Beschlusses in unserer auswärtigen Politik bemüht. [10])

In freier Selbstbestimmung

Auch und gerade für ein gutes Verhältnis zu unseren osteuropäischen Nachbarn ist Aufrichtigkeit erforderlich. Es darf kein Zweifel bestehen über unser Bekenntnis zum Recht auf die Heimat und zum ungeteilten Selbstbestimmungsrecht für alle Völker. Deutschland besteht völkerrechtlich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fort. Es ist die Aufgabe jeder deutschen Regierung, bei Friedensvertragsverhandlungen — um mit Kurt Schumacher zu sprechen — zäh um jeden Quadratmeter deutschen Bodens zu ringen. [11])

Nicht um die deutsche Frage herum

Wir wollen kein Ziel zurückstecken; wir wollen nur, daß man uns in der Welt so sieht: „Wenn ihr der Meinung seid, das oder das tun zu sollen, um eine Entspannung zwischen Ost und West herbeizuführen, unterstützen wir das auch. Wir möchten uns aber die Freiheit bewahren, allen anderen immer zu sagen: Glaubt nicht, ihr würdet eine wirkliche Entspannung im Ost-West-, im West-Ost-Konflikt — wie immer ihr es sehen wollt — bekommen, wenn ihr versucht, sie um die deutsche Frage h e r u m zu erreichen, wenn ihr versucht, sie durch Einmauerung der deutschen Frage zu erlangen. Das würde euer eigenes Unglück sein. Ihr würdet euch täuschen, es zu spät sehen und Schaden daran nehmen. [12])

Die Rolle des Störenfrieds

Das deutsche Volk ist an einem Gelingen einer Politik der Entspannung interessiert, aber es nimmt nicht das bloße Wort für den Inhalt. Entspannung muß dann auch sichtbar werden an der Mauer in Berlin und dem Los unserer Landsleute in der Zone. Um das zu erzielen, muß man sich in die Bemühungen der Weltmächte durch Beratung unseres wichtigsten Verbündeten einschalten. Wer hingegen die Entspannung etwa glaubte verhindern zu können, der würde damit eine Koalition aller gegen das deutsche Volk schaffen; er würde uns in die Rolle des Störenfrieds versetzen. Das darf nicht geschehen. Daher müssen wir den Gang der Dinge beeinflussen, positiv auf ihn einwirken. Das geht nicht in einer Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens unter den Verbündeten. Das geht auch nicht durch einen Alleingang der deutschen Politik, sondern nur in engster Solidarität mit unseren Verbündeten. [13])

Volksgruppenrecht

Ein Volksgruppenrecht, das im Einklang mit dem von den Vereinten Nationen verkündeten Menschenrecht steht, ist für uns unentbehrlich, so wissen wir, daß das zusammen mit der Grenzfrage, die mit einem Friedensvertrag gelöst werden muß und zusammen mit der eigenen Ordnung und den freundschaftlich nachbarschaftlichen Beziehungen zu anderen Völkern das innere Gefüge der allmählich sich entwickelnden Völkergemeinschaft darstellen wird. [14])

Eine deutsche Chance

Der Fortschritt wird nicht plötzlich und nicht durch eine einzige Maßnahme erzielt werden können. Das Ringen um schrittweise Veränderungen zum Besseren bleibt die Politik der westlichen Führungsmacht . . .

Mit der Formel „Alles oder Nichts" kann man Gemütsbewegungen befriedigen, aber keine vernünftige Außenpolitik machen. Es ist allerdings viel zu früh, von einer wirklichen Entspannung zwischen Ost und West zu sprechen. Aber es wäre töricht, in einer möglichen Entspannung zwischen Moskau und Washington nicht auch eine deutsche und europäische Chance zu sehen. Die Hochspannung der vergangenen Jahre hat uns der Lösung unserer deutschen Fragen jedenfalls nicht näher gebracht. [15])

Auch auf Osteuropa blicken

Wir brauchen heute eine Politik gegenüber Polen, eine nicht genau gleiche gegenüber Rumänien und eine differenzierte gegenüber der Tschechoslowakei und eine besondere gegenüber Ungarn. Ich kann nur hoffen, daß die Bundesrepublik nicht nachhinkt und Chancen versäumt, auch wenn wir sie nicht überschätzen dürfen . . . Unserer Ostpolitik sind Grenzen gesetzt. Der Spielraum, der bleibt muß genutzt werden, um auch in Warschau und in Budapest, in Sofia und in Prag unsere Interessen wahrzunehmen. Das wird häufig nur durch kleine Schritte möglich sein. Aber in unserer Lage sind die kleinen Schritte ebenso wichtig wie die großen Ziele . . .

Es kann sehr wichtig sein, daß wir unseren Nachbarn im Osten eine Perspektive deutlich machen, bei der Europa über die jetzt trennenden Linien hinweg zusammenarbeiten und zusammenwachsen wird, bei der der osteuropäische dem westeuropäischen Lebensstandard angeglichen wird, eine Perspektive, die von vielfältiger Kommunikation handelt und von Kooperation an gemeinsamen Vorhaben im gemeinsamen Interesse der Völker. So weit sind wir leider noch nicht. Inzwischen sollte unsere Handelspolitik gegenüber den Nachbarn im Osten und Südosten nicht starr sein, sondern den jeweiligen Gegebenheiten angepaßt werden. [16])

Die Völker im Osten sind durch die gleichen Schrecken gegangen wie die Völker des freien Europas. Sie haben die gleichen und noch schlimmere Erfahrungen gemacht. Es wäre unnatürlich, wenn in ihnen nicht gleiche Wünsche lebendig wären: Kein Krieg mehr, keine Vernichtung mehr, sondern mit Sicherheit, mehr Möglichkeit zur Bewegung und zur Entfaltung. Und es gibt Zeichen dafür, daß die Jugend jener Völker ähnliche Wünsche hat wie die Jugend bei uns. [17])

Münchener Abkommen

Je mehr heute — ob gelehrt oder eifernd — über die Rechtsgültigkeit des Münchener Abkommen gestritten wird, um so mehr werden wir uns alle von dem entfernen, was unser ganzes Volk und die Heimatvertriebenen in unserem Volk brauchen . . .

Es ist nicht zu bestreiten, daß alle Welt das Münchener Abkommen heute als den letzten Erpressungsversuch Hitlers vor dem zweiten Weltkrieg ansieht. Unsere sudetendeutschen Landsleute sind damals — um den Ausdruck Churchills zu gebrauchen, ohne ihm damit einen Dolus zu geben, der Menschen kränken könnte — wirklich Marionetten des Schicksals gewesen oder als solche bewegt worden. Es ist richtig, man hatte ihnen 1918 das Selbstbestimmungsrecht verweigert. Das vergessen heute leider sehr viele, die in Zeitschriften schreiben oder im Fernsehen oder im Rundfunk Kommentare machen, und sie bedenken dabei gar nicht, wie vielen Menschen sie zu nahe treten und wehtun, weil sie an etwas rühren und etwas mißachten, was man nicht mißachten darf, wenn man ein Volk nicht zur Selbstaufgabe drängen will. [18])

c) Freundschaft und Hilfe für die jungen Nationen

Die Möglichkeiten des friedlichen Zusammenlebens mit den Völkern der Erde zu schaffen, diese politische Aufgabe lenkt den Blick auch auf die jungen Nationen, die in Asien und Afrika entstanden sind, seitdem der Grundsatz der Selbstbestimmung praktische Anwendung in der politischen Möglichkeit gefunden hat. Es muß der Versuch unternommen werden, ihnen den Weg zu voller Entwicklung ihrer materiellen und geistigen Kräfte zu ebnen.

Glück und Zufriedenheit für Millionen

Es ist die Frage unseres Jahrhunderts, ob dieser Versuch gelingt und ob wir damit unter den Aspekten und den Vorstellungen unserer freiheitlichen Auffassung der Welt in weiten Teilen ein neues Gesicht geben mit mehr Glück und Zufriedenheit für Millionen von Menschen, als das heute der Fall ist. [19])

Hilfeleistung als Partner

Abgesehen von den wirtschafts- und handelspolitischen Aspekten dieses Problems, die ernsthaft zu behandeln sind und die wir bei der nächsten Gelegenheit behandeln werden, ist das Verhältnis zu den Entwicklungsländern von entscheidender politischer Bedeutung für das zukünftige Kräfteverhältnis zwischen dem freien Westen und der kommunistischen Welt. Es geht nicht darum, etwa das eine oder andere Land zu kaufen oder in dem einen oder anderen Fall die Konkurrenz anderer Länder zu schlagen. Es geht darum, daß wir endlich in der freien Welt zu einer gemeinsamen Politik der freien Völker gegenüber den Entwicklungsländern kommen, daß wir diese Völker von der Redlichkeit unserer Absichten überzeugen, daß wir ihnen zur Seite stehen wollen und sie als Partner in einer Gemeinschaft von Freien und Gleichen sehen möchten. [20])

Anerkennung des verschiedenen Weges,

Jeder Versuch, Entwicklungsländern ein Abziehbild europäischer oder amerikanischer Verhältnisse aufzuzwingen, wird nicht nur gegenteilige und unserer Arbeit abträgliche Reaktionen hervorrufen, sondern auch in einer ganzen Reihe von Fällen nicht den Bedürfnissen und Aspirationen der Menschen in diesen Ländern entsprechen. Wir sind nicht blind gegenüber den Entwicklungen, seien sie politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Art, die sich im gegenwärtigen Zeitraum in Asien, Afrika und Lateinamerika vollziehen. Aber gerade darum bekennen wir uns zum Prinzip der Anerkennung des verschiedenartigen Weges zur sozialen Demokratie. Jede andere Form unseres Handelns wäre ein Hindernis auf dem Wege zu einer demokratischen Entwicklung in diesen Ländern. [21])

Beitrag zum Frieden

Wir müssen wissen, daß das keine reine Mildtätigkeit ist, sondern Teil einer wohlverstandenen weltumspannenden Sicherheitspolitik. Wenn es den entwickelten Industrienationen nicht gelingt, den südlich von ihnen liegenden unterernährten und darbenden Völkern auf dem Weg zur Selbsthilfe zu helfen, damit sie sich selbst ein menschenwürdiges Dasein erarbeiten können, werden wir eine weltpolitische Katastrophe erleben. Jene Länder wollen aber vom Hilfsempfänger zum Handelspartner werden. Dazu gehört die Bereitschaft, ihre Waren aufzunehmen . . . Hüten sollten wir uns vor einer Bevormundung in den inneren Angelegenheiten. Die Sozialordnung der Entwicklungsländer wird nicht ohne weiteres dem Modell fortgeschrittener Industrienationen entsprechen können. Ideologischer Eifer kann hier nur schaden und uns jene Völker entfremden. [22])

2. Bündnis für den Frieden

a) Atlantische Allianz

Solange es eine „menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht, frei von Krieg und Unterdrückung" noch nicht gibt, die das Ziel sozialdemokratischer Politik ist, solange „eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung und eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die nationale Landesverteidigung ablösen wird" nicht besteht (Grundsatzprogramm der SPD), muß auch in der Bundesrepublik die Landesverteidigung aufgebaut, wirkungsvoll organisiert und in der Allianz mit den befreundeten Mächten verbunden werden.

Das ist das Prinzip und der erklärte Wille der SPD — und nicht erst seit dem Godesberger Programm, das vielmehr in seinem Kapitel „Landesverteidigung" alte, in Jahrzehnten bewährte Grundsätze sozialdemokratischer Politik mit den heute gegebenen und unter der politischen Wirklichkeit für ein geteiltes Deutschland bestehenden Tatsachen in Übereinstimmung gebracht hat.

Ja zur Landesverteidigung

Wir bejahen die eingegangenen Verpflichtungen der Bundesrepublik. Wir bejahen sie gegenüber der NATO wie gegenüber den europäischen Gemeinschaften. Auch hier gilt das, was ich auf dem Gebiet der Innenpolitik gesagt habe: Über die Grundeinstellung

brauchen wir nicht zu streiten. Aber über den besten Weg zur Festigung und zum Ausbau dieser Gemeinschaften kann man verschiedener Meinung sein. [23])

Ja zur atlantischen Allianz

Die SPD geht davon aus, daß das europäische und atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der Deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist. Und ich setze nach den heutigen Erkenntnissen hinzu, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands muß sich jetzt darum bemühen, diejenigen an den Sinn und an den Wortlaut jener Verträge und Bündnisse zu erinnern, die uns früher suggestiv gefragt haben, wie wir zu den Verträgen und den Bündnissen ständen. Wir wollen nicht, daß die Verträge und Bündnisse demontiert werden. So haben sich die Verhältnisse geändert.

Die SPD hat weder beabsichtigt noch gefordert, das Ausscheiden der Bundesrepublik aus den Vertrags- und Bündnisverpflichtungen zu betreiben. Sie ist der Auffassung, daß ein europäisches Sicherheitssystem die geeignete Form ist, den Beitrag eines wiedervereinigten Deutschland zur Sicherheit in Europa und in der Welt leisten zu können. [24])

Skala von Abwehrmöglichkeiten

Dazu gehört, daß der Westen aus der schrecklichen Alternative heraus muß, für den Fall eines jeden Konflikts nur wählen zu können zwischen einer atomaren Auseinandersetzung, die mit dem eigenen Selbstmord identisch ist, und der Kapitulation. Das ist eine Verführung des Gegners, auf die Kapitulation zu spekulieren. Deshalb muß man über eine breitere Skala von Abwehrmöglichkeiten verfügen, in die immer noch eingebaut ist — jawohl —als durchaus der Abschreckung dienende Möglichkeit, daß in der heutigen Welt jeder Konflikt die Gefahr der Entartung bis in die letzte atomare Auseinandersetzung hinein in sich trägt. Die Ungewißheit des Risikos gehört zur Abschreckung, aber das Risiko ist nur dann ungewiß, wenn man zwischen mehreren Möglichkeiten wählen kann. [25])

Das Wort Europas ist seine Verpflichtung

Wer einen Einfluß auf die Strategie der Gesamtallianz haben will, der muß wissen, daß Strategie und Politik untrennbar verbunden sind, der muß wissen, daß dann Europa auch über seine europäischen Probleme hinaus sehen muß, der muß wissen — und das hat ja auch im NATO-Rat kürzlich angefangen —, daß dann, wenn die Europäer den Einsatz außereuropäischer Potentiale für ihre Sicherheit wünschen, sie

auch bereit sein müssen, bei den Fragen gehört zu werden, ihren Rat mit zu geben, mit — wenn man so will — Verantwortung zu tragen, die auch auf der Schulter desjenigen Staates liegt, der sein Potential unter Umständen auch für andere als europäische Sorgen braucht. [28])

Keine nationalen Sonderentwicklungen

Den europäischen Partnern ist besser gedient, wenn sie durch Teilnahme an der Planung Einfluß auf das gesamte strategische Potential der Vereinigten Staaten von Amerika gewinnen, als wenn sie den verschwenderischen Weg gehen, durch den Schein physischen Besitzes über einen unbedeutenden Teil strategischer Kernwaffen verfügen zu können. Der Weg nach vorne sollte über gemeinsame Planung zur stärkeren Integration der Streitkräfte führen und damit nationale Sonderentwicklungen mit allen darin liegenden Gefahren vermeiden.

Der Vertrag über die Beendigung der Versuchsexplosionen ist bereits ein wirksames Hindernis gegen die weitere Ausbreitung (Proliferation) von Kernwaffen an diejenigen Staaten, die bisher nicht am atomaren Wettrüsten teilnehmen. [27])

An der Seite des Westens

Sicherheit für unseren Staat finden wir nur an der Seite des Westens und als sein loyaler Partner. Die Allianz im ganzen bedarf eines breiten Spektrums der Verteidigungsmittel, um auf jede Form einer Drohung angemessen reagieren zu können. Unsere Interessen werden am besten gewahrt, wenn wir uns um eine Einwirkung auf die Gesamtstrategie der Allianz bemühen und die Organisation der NATO entsprechend zu gestalten helfen. [28])

Politisch nutzen

Unsere Allianz ist defensiv. Sie schützt das Gebiet der Teilnehmerstaaten gegen Angriffe von außen. Der Zusammenschluß muß aber auch politisch genutzt werden. Das ist nur bei einer gemeinsamen Politik möglich. [29])

Territoriale Verteidigung

Die SPD begrüßt den von ihr seit langem geforderten Aufbau der territorialen Verteidigung. Sie ist davon überzeugt, daß eine wirkungsvolle territoriale Verteidigung die Kampfkraft des Bündnisses stärkt, Lücken in der Verteidigung schließt und den Verteidigungswillen glaubhafter macht. [30])

Zentrale Entscheidung

Partnerschaft ohne eine gemeinsame Sicherheitspolitik ist undenkbar. Dies gilt auch für die Fragen der Verteidigung mit nuklearen Waffen. . . . Die europäischen Völker können auf das Mitspracherecht für strategische Entscheidungen nicht verzichten, und sie dürfen sich ihrer Mitverantwortung nicht entziehen. Es gibt nach Lage der Dinge nur eine einheitliche atlantische Strategie, die wirkliche Sicherheit bringen kann. Das steht nicht im Gegensatz dazu, daß Europa wissenschaftlich und auch politisch eine Weltmacht werden kann. Uns Europäern kann aber nicht daran gelegen sein, die Zahl der Atommächte wachsen zu lassen. Auch bei gemeinsamen militärischen Vorhaben innerhalb des atlantischen Bündnisses muß die einheitliche, zentrale Entscheidungsbefugnis über die nuklearen Verteidigungsmittel erhalten bleiben. [31])

Mehr leisten

Wir wollen gegenüber allen Reformplänen einmal die Tatsache ganz klar herausstellen: mehr Mitbestimmung, also größeres und umfassenderes Mitspracherecht in der Planungs- und Einsatzentscheidung der Gesamt-NATO, setzt unweigerlich größere Leistungen voraus. . . Wir Sozialdemokraten und gerade wir befürworten eine atlantische Partnerschaft, die auf den beiden Säulen USA und Europa fußt und ruht. Aber unsere Vorstellungen sind real und realpolitisch und setzen daher voraus, daß der Anspruch auf das volle Mitspracherecht durch ausreichende Leistungen getragen wird. [32])

b) Kein Wettrüsten

Eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung ist eines der Ziele der Politik. Sicherheit und das Streben nach Abrüstung sind keine Gegensätze, wenn die militärische Rüstung von allen Nationen vermindert wird. Im Rahmen der Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion kam es zu Vereinbarungen über die Errichtung einer Telefonverbindung zwischen Moskau und Washington, um im Konfliktsfall ein direktes Gespräch führen zu können, und zu einem Atomteststoppabkommen.

Für den Teststopp

Die Sozialdemokratische Partei hat der Bundesregierung immer den Rat gegeben, dieses Abkommen zu unterzeichnen, weil sie der Auffassung ist, daß es

1. wenigstens auf einem Teilgebiet in der Lage ist, den atomaren Rüstungswettlauf zu bremsen und
2. die Menschheit vor weiteren Schädigungen durch die freiwerdende Radioaktivität bei Testversuchen bewahrt.

Darüber hinaus glaubt die Sozialdemokratische Partei, daß

a) die deutsche Frage nur im Zustand der Entspannung sinnvoll debattiert werden kann und

b) die Bundesregierung bei einer Nichtunterzeichnung in die unhaltbare Position geraten wäre, als „sachlicher Verbündeter" von China, Albanien, Nordkorea und Nordvietnam zu erscheinen.

Die Sozialdemokratische Partei betrachtet es als legitim, daß die Bundesregierung darauf achtet, daß der Pankower Staat nicht aufgewertet wird. Das Abkommen selbst und die in den letzten Tagen geübte Praxis der westlichen Alliierten gegenüber solchen Versuchen geben zu Bedenken keinen Anlaß. Es wäre besser gewesen, wenn die deutsche Unterschrift nicht durch die strittige und vorwiegend innenpolitisch bestimmte Diskussion innerhalb der CDU/CSU belastet gewesen wäre. [33])

Politische Konsequenzen für Rüstungsbegrenzung

Angesichts des verwirrenden Geschehens nach dem Abschluß des Atomabkommens halten es die Sozialdemokraten für richtig, den Eigenwert dieses Abkommens noch einmal nachdrücklich zu unterstreichen. Es ist ein unbestreitbarer Eigenwert, wenn der radioaktiven Vergiftung der Atmosphäre Einhalt geboten wird und wenn ein Ausgangspunkt für weitere Vereinbarungen auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung gefunden sein sollte.

Die deutsche Politik und unser Ringen um Wiedervereinigung dürfen in keinen Gegensatz geraten zu illusionslosen Bemühungen um eine Entschärfung des Ost-West-Konflikts. Die SPD hat im September 1961, unmittelbar vor den letzten Bundestagswahlen, klipp und klar gesagt, eine von ihr geführte Regierung werde jeder Abrüstungsvereinbarung zustimmen, die die Großmächte beschließen und sich bemühen, die daraus entstehende Verbesserung des internationalen Klimas für Fortschritte in der deutschen Frage zu nutzen. Sie hat damals auch vorgeschlagen, daß sich eine besondere Stelle der Bundesregierung sachverständig mit den Problemen der Rüstungsbegrenzung befassen sollte, da es sich hier um die andere Seite der einen Sicherheit handelt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß das Wissen um diese Probleme in den Kreisen der gegenwärtigen Bundesregierung nicht genügend entwickelt ist.[34])

Politische Konsequenzen

Wenn wir auch miteinander die Planung der europäischen Sicherheit, der Sicherheit der freien Welt aufstellen müssen — die Hand am Drücker, die Hand am Abzugshebel kann nur einer haben. Das kann in Anbetracht der Mittel, die zur Verfügung stehen, und des Risikos, das der, der diese Mittel einzusetzen haben könnte, eingeht, nur der Präsident der Vereinigten Staaten sein, der in diesem Falle als der Mann des Vertrauens der anderen Partner der NATO handeln muß.[35])

Im deutschen Interesse

Wir müssen einsehen, daß Bemühungen zur Entspannung unter den Weltmächten auch den Interessen des deutschen Volkes dienen können. Natürlich müssen sich Resultate wirklicher Entspannung auch und vor allem dort zeigen, wo die Spannungen ihre sichtbarste Ursache haben, nämlich in Deutschland. Blindes Wettrüsten führt uns der Lösung unserer nationalen Probleme nicht näher. Fortschritte in der Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen, also zur Abrüstung hin, können auch Fortschritte in der deutschen Frage ermöglichen. Unsere Aufgabe ist es, in die Abrüstungsdiskussionen in geeigneter Weise Schritt für Schritt die politischen Probleme einzuführen, weil Entspannung ohne Lösung der politischen Fragen einfach nicht Wirklichkeit werden kann.[36])

Gefahren und Chancen

Blinde Fortsetzung des Wettrüstens führt eines Tages entweder zu einer gewaltsamen Entladung oder zementiert günstigstenfalls den Status quo, der ja gerade uns in Deutschland nicht gefällt. Wir wissen aber, daß auch die Abrüstung die deutsche Frage nicht automatisch löst. Deshalb enthält die Abrüstungspolitik gleichermaßen Gefahren und Chancen . . . Bei weltpolitischer Versteifung ist die deutsche Frage nicht ins Gespräch zu bringen, nur bei einer Auflockerung des Vorfeldes. Da setzt nun unsere Verpflichtung, die Verpflichtung der Politik der Bundesrepublik Deutschland ein. Wir müssen jeden Schritt so beeinflussen, daß zunächst die Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts auch durch Abrüstungsvereinbarungen nicht erschwert wird, daß die militärische Sicherheit nicht gefährdet wird, daß die Position Berlins dabei nicht angetastet wird und daß, soweit nur irgend möglich, auf diesen drei Gebieten sogar Verbesserungen herausgeholt werden.[37])

Abrüstung fortsetzen

Wichtig ist, wie es nun nach diesem Vertrage weitergehen soll. Erwünscht ist selbstverständlich, daß alle Versuche in allen Ländern verboten werden, auch die unterirdischen, und daß man zu diesem Zweck angemessene Kontrollen schafft. Erwünscht ist, daß man zu wirklichen Abrüstungsmaßnahmen vorstößt, d. h. gleichzeitig Maßnahmen, die einer Verringerung der Rüstungslasten dienen können, aber unter Wahrung des militärischen Gleichgewichts zwischen West und Ost und unter Einbau jener notwendigen Kontrollen, die erforderlich sind, damit nicht derjenige, der den Vertrag heimlich umgeht, Vorteile gewinnt gegenüber demjenigen, der den Vertrag loyal erfüllt.[38])

Gemeinsam verteidigen

Die Bundesrepublik hat auf die Herstellung von Atomwaffen verzichtet, und dabei soll es bleiben. An den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen haben wir uns zu beteiligen. Wegen unserer besonderen politischen Situation fällt uns Deutschen gleichzeitig die Aufgabe zu, den Fragen der Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle besondere Bedeutung beizumessen.[39])

c) Vernunft statt Gewalt

Gewalt darf kein Mittel der Politik bleiben. Also gründet sich eine auf den Frieden gerichtete Politik nicht zuerst oder gar allein auf Rüstung; sie sollte vielmehr darauf zielen, die Rüstung jeder Nation unnötig zu machen. Das ist dann erreicht, wenn Vernunft statt Gewalt die Handlungen der Regierungen bestimmt.

Sicherheit durch soziale Gerechtigkeit

Sicherheit besteht nicht nur in unseren Verteidigungsbemühungen, so unerläßlich sie angesichts der Weltlage sind. Sie besteht auch in der inneren Stabilität dieses Staatswesens, sie besteht in unserem sozialen Gefüge, und sie besteht in einer Politik, die sich um die Minderung von Konfliktsgefahren bemüht. . .

Wir wissen, daß das Wettrüsten nicht nur ein unerhörtes Maß an finanziellen Anstrengungen den einzelnen Völkern abfordert. Wir wissen auch, daß es hier einen Zusammenhang mit der deutschen Frage gibt. Solange das Wettrüsten in der Welt allgemein weitergeht und sich auch auf deutschem Boden niederschlägt, gibt es kaum Aussichten, ein ernsthaftes Gespräch zur Lösung unseres Hauptproblems, nämlich zur Gewinnung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen, auch die Deutschen jenseits der Zonengrenze, in Angriff zu nehmen. Daher ist die deutsche Politik darauf angewiesen, immer wieder mit zu versuchen, eine Politik der Entspannung in Bewegung zu bringen, so schwer das sein mag. Nur wenn zwischen den Weltmächten durch Fortschritte auf dem Gebiet der Kontrolle und Begrenzung der Rüstungen ein besseres Klima zustande kommt, wird es möglich sein, auch an die deutsche Frage in einem besseren Gesprächsklima heranzugehen. Deshalb muß die deutsche Politik auch auf diesem Gebiet mitdenken, darf sie nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, nur die Einwände gegen die Gedanken anderer produzieren, deshalb muß sie versuchen, frei von Phrasen und mit dem Rechenstift in der Hand auch diesen Problemen nachzuspüren. Es geht hier um die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts. Keine Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen wäre für uns interessant, welche das weltpolitische Gleichgewicht zum Nachteil des Westens und zum Vorteil der Sowjetunion veränderte.[40])

Keine Diskriminierung Deutschlands

Man darf Kontrollmaßnahmen nicht auf das Gebiet Deutschlands beschränken — es wäre militärisch völlig sinnlos . . ., außerdem schüfe man damit eine unerträgliche Diskriminierung Deutschlands . . . Ich kann verstehen, daß man uns Deutschen zumutet, einiges zu ertragen, das anderen Völkern nicht zugemutet wird. Das ist psychologisch

und emotional zu verstehen. Es ist aber politisch ganz und gar unklug und unweise so zu handeln. . . Wir müssen jede Beschränkung der Rüstung fördern, die ohne Zerstörung des Gleichgewichtes der Kräfte durchgeführt werden kann. Vergessen wir aber nicht, daß unsere Sicherheit heute auf der Anwesenheit amerikanischer Truppen auf dem europäischen Kontinent beruht.[41])

Macht des Rechts

Es gilt, eine Friedensordnung zu schaffen, welche das Recht der Macht durch die Macht des Rechtes ablöst. Dieses Ringen hat in der Sozialistischen Internationale eine alte Tradition. . . Das geht nur auf dem Wege einer Stärkung des friedensichernden Instrumentariums der Vereinten Nationen. Der Hüter des Friedens muß stärker sein als ein möglicher Rechtsbrecher. Deshalb wird eine umfassende Abrüstung einhergehen müssen mit dem allmählichen Aufbau eines Machtinstrumentes der Vereinten Nationen. [42])

Amt für Abrüstung

Wir erneuern die Forderung, daß die Bundesregierung ein Abrüstungsamt schafft. Wir müssen diesem Problem dieselben geistigen und politischen Anstrengungen zuwenden, die wir für die militärische Sicherung unseres Landes im Verein mit den Verbündeten aufbringen. Manche Angriffsflächen draußen in der Welt gegen die Politik der Bundesrepublik Deutschland würden durch dieses Zeichen guten Willens zum Verschwinden gebracht.[43])

Politische Aufgabe

Für uns ist die Schaffung eines Abrüstungsamtes im Bereiche der Bundesregierung noch wichtiger als für viele andere Staaten, die nicht eine Frage politischer Ordnung wie die deutsche Frage zu lösen haben. Das kann helfen, deutsche Beiträge vorzubereiten und beizusteuern und auch mögliche gefährliche Fehlentwicklungen beizeiten abzuwehren.[44])

Ein neuer Schritt voran

1. Die von den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Großbritannien angekündigte verringerte Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen ist noch keine eigentliche Abrüstungsmaßnahme. Dennoch kann sie dazu beitragen, die internationalen Spannungen zu vermindern.
2. Diese Maßnahme ist nach dem „heißen" Draht und dem Teststopp-Abkommen jetzt der dritte Tatbestand, durch den gezeigt wird, daß es möglich ist, in langwierigen Verhandlungen zu Entspannungsschritten zu kommen. Die gestrige Vereinbarung kann die laufenden Genfer Abrüstungsverhandlungen, die noch keine Fortschritte erbracht haben, günstig beeinflussen.
3. Der neue Schritt kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß das vorhandene spaltbare Material für militärische Zwecke auf beiden Seiten ausreicht, um

den ganzen Erdball zu vernichten. Die overkill-Kapazität bleibt erhalten. Die jetzt vorgenommene Maßnahme beinhaltet zwar Gleichzeitigkeit und Gleichwertigkeit, aber noch nicht das dritte Element einer tatsächlichen Abrüstungsmaßnahme: die Kontrolle.

4. Ebenso wie beim „heißen" Draht und wie beim Teststopp-Abkommen liegt hier noch kein Fall vor, in dem es möglich gewesen wäre, deutsche Wünsche mit Aussicht auf Erfolg einzubauen. Offensichtlich sollen weitere Vereinbarungen erzielt werden.

   Die sozialdemokratische Forderung nach einem Abrüstungsamt ist noch gerechtfertigter geworden, denn es müssen von deutscher Seite Vorschläge erfolgen, die sinnvoll Abrüstungsmaßnahmen mit Erleichterungen in der deutschen Frage koppeln.

   Die SPD wiederholt ihren Standpunkt, daß wirksame Entspannung nicht dadurch erreicht werden kann, daß man das deutsche Problem umgeht oder von Entspannungsmaßnahmen ausschließt.

5. Die gestrige Vereinbarung der Atom-Mächte wird erst dann voll wirksam werden, wenn es auch gelingt, das uns befreundete Frankreich zu bewegen, sich solchen Maßnahmen anzuschließen, und wenn auch das kommunistische China dazu gebracht werden kann, von atomaren Sonderentwicklungen abzusehen.[45])

B. EINIGUNG EUROPAS

1. Europa als Aufgabe

Getreu ihrer traditionellen Haltung und der heute von allen demokratischen Kräften anerkannten politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeit sieht die SPD die Schaffung eines Vereinten Europas als eine entscheidende Aufgabe deutscher Politik an. Im Deutschen Bundestag, in den Europäischen Parlamenten *), **) und im Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa *) haben die Sozialdemokraten zur Erreichung dieses Ziels mitgearbeitet. Die Sozialdemokraten haben auch die von dem verstorbenen amerikanischen Präsidenten Kennedy angebotene Atlantische Partnerschaft aufgegriffen.**

Deutschland und die atlantische Partnerschaft

Unserer Meinung nach ist die Vereinigung Europas und die Partnerschaft des in der Vereinigung befindlichen Europas mit den Vereinigten Staaten von Amerika Politik nach vorn. Ja ich möchte sagen: das ist die Politik nach vorn, das ist die Überwindung von Kriegsfolgen, die noch nicht überwunden sind, und auch von Ursachen für Kriege, die entstehen könnten. Und das wird auch sein die Überwindung von Mauern nicht nur zwischen den Völkern und Staaten, sondern das wird vielleicht auch entscheidend beitragen zur Überwindung der Mauer, die uns hier in Deutschland trennt, die Berlin so besonders schmerzlich drückt.[46])

Nationale Interessen

Jede Regierung hat die Pflicht, in einer übernationalen Gemeinschaft die Interessen des eigenen Volkes zu wahren. Dazu bedarf es keiner besonderen Betonung. Im Falle der Europäischen Gemeinschaften und der westlichen Gemeinschaften überhaupt ist das überragende deutsche Interesse die Förderung des Wachsens und Gedeihens der Europäischen Gemeinschaften auf so breiter Grundlage wie nur möglich.[47])

Wir müssen die Freiheit schützen, den Frieden wahren und mit friedlichen Mitteln das Recht der Selbstbestimmung für das ganze deutsche Volk erringen. Wir wollen uns über den nationalen Rahmen hinaus in größere Gemein-

---

*) Aktionsprogramm der Sozialistischen Parteien Europas vom 5./6. November 1962

**) Entschließung betr. Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaften in Rom vom 17./18. September 1964

***) Aktionskomitee Vereinigte Staaten von Europa. Gemeinsame Erklärung 1964 vom 1. Juni 1964

schaften einfügen und ein wirtschaftspolitisch geeintes und zu gemeinsamem politischen Handeln fähiges freies Europa schaffen. Dieses Europa muß die engste Bindung zu den Vereinigten Staaten von Amerika halten und festigen und zu wirklicher Partnerschaft hin entwickeln. Wir bemühen uns um ein besseres nachbarliches Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten.[48])

Für Kennedys Perspektive

Mit dem in der Vereinigung befindlichen Europa können wir dies und noch mehr tun. Nämlich, wir können den Entwicklungsländern helfen, das Joch der Armut abzuschütteln. Wir können unseren weltweiten Handel und unseren Zahlungsverkehr auf einem Stande ausgleichen, der ein größtmögliches Wachstum verheißt für jeden. Wir können ein Abschreckungsmittel schaffen, das so gewaltig ist, daß es jede Aggression unterbindet, und schließlich können wir dazu beitragen, eine Welt des Rechtes und der Entscheidungsfreiheit zu schaffen und damit die Welt des Krieges und des Zwanges zu bannen. Das sind doch, in vier Notwendigkeiten zusammengefaßt, die Antworten auf die Realitäten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.[49])

Großbritannien und die bündnisfreien Länder

Für die Gemeinschaft des freien Europas brauchen wir die Schaffenskraft und die demokratischen Traditionen Großbritanniens und der skandinavischen Länder. Der bündnisfreie Status von Österreich, Schweden und der Schweiz schafft für diese Staaten eine besondere Lage. Aber es können und müssen Formen der Zusammenarbeit gefunden werden, die diesem Status Rechnung tragen.

Wir müssen auch an der Hoffnung festhalten, daß die Völker der iberischen Halbinsel den Weg zur demokratischen Zusammenarbeit finden werden.

Die Ansätze einer Kommunikation mit den Staaten des Ostblocks sollten erweitert werden. Auch dort lebt Europa als Hoffnung der Menschen. Und wir müssen eine Perspektive deutlich machen, die das osteuropäische Lebensniveau dem westeuropäischen angleicht. Es ist nicht zu früh, diesen weiteren Horizont ins Auge zu fassen.[50])

Ein Europa der Freien und Gleichen

Europa bleibt die Notwendigkeit für uns alle. Wenn Europa weiterkommt, wenn es mit einer Stimme zu sprechen lernt, dann wird es seine Rolle in der atlantischen und weltweiten Partnerschaft spielen können. Dann wird es seine Aufgabe erfüllen können in dieser Welt der Umwälzungen und der Herausforderungen. Von der europäischen Vergangenheit soll bleiben, was gut an ihr war. Das Europa von morgen, an dem wir heute bauen, verlangt nicht, daß wir unser Volk aufgeben. Wir können und wir werden Europa haben und trotzdem gute Belgier, gute Holländer und gute Deutsche bleiben. Wir werden gute Europäer sein in einer Weltmacht der Freien und Gleichen.[51])

Gefahr der Desintegration

Hier ist also im Westen einiges auseinander- und durcheinandergeraten. Ich fürchte, daß es ein schwerer und – es wird sich ja herausstellen – ein historisch schwerer Irrtum ist, auf die Entwicklungen in dem kommunistisch beherrschten oder dirigierten Teil der Welt mit größerer Lässigkeit und mit den Versuchen kleinerer, ehemals großer und mittlerer Mächte, nun jeder für sich dort eine besondere Rolle zu spielen, reagieren zu dürfen. Wir haben das nicht in der Hand. Wir können auch niemandem Vorschriften machen. Nur wir selbst sollten dieser Versuchung nicht erliegen. Wir sind bei der Lage, in der sich unser gespaltenes Land und unser aufgeteiltes Volk befinden, gezwungen, diese Entwicklungen in jenem Teil der Welt mit dem ständigen Mahnen und, wenn Sie so wollen, inständigen Versuchen zu verfolgen, der Westen möge nicht freventlich und nicht freiwillig und nicht ohne Not schon erreichte Stadien des Zusammenwirkens, der Zusammengehörigkeit, des Integriertseins preisgeben, bloß weil dort drüben auch nicht mehr von einem Block gesprochen werden kann.[52])

2. Europa heute

Das geeinte Europa bleibt Aufgabe und Ziel. Heute gilt es, das bisher Erreichte im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften fortzusetzen und die Hindernisse zu überwinden. Die Krise in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde durch die Politik des französischen Präsidenten de Gaulle hervorgerufen, der im Januar 1963 die Gemeinschaft zwang, die Aufnahmeverhandlungen mit Großbritannien abzubrechen und die sechs EWG-Staaten aufforderte, die europäische Zusammenarbeit nur auf der Basis souveräner Nationalstaaten zu organisieren. Er lehnt es ab, daß die Staaten in einer Integration schrittweise verschmolzen werden.

Zur Rede Kennedys vom 4. 7. 1962

Der amerikanische Präsident Kennedy hat am 4. Juli dieses Jahres die Idee der atlantischen Gemeinschaft entwickelt und praktische Möglichkeiten und Wege zu ihrer Verwirklichung aufgezeigt. . . Das ist eine geradezu revolutionäre Entwicklung in der amerikanischen Politik. Hier eröffnen sich große Möglichkeiten für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und für ihre Mitglieder für eine weltweite wirtschaftliche und handelspolitische Zusammenarbeit. Hier ist ein weittragender positiver Schritt zur effektiven Zusammenarbeit der freien Völker eingeleitet worden.[53])

Das Verhältnis zu Großbritannien

Mir geht es um das Verhältnis des werdenden Europa zu den Prinzipien der freiheitlich-rechtsstaatlichen parlamentarischen Demokratie.

Gerade deshalb sollten wir uns Mühe geben, die Briten mit ihrer in Jahrhunderten gewachsenen Tradition, so fremd sie auch manchem Kontinentaleuropäer sein mag, mit bei der Partie zu haben. Wir meinen, daß ein solches volles Mitwirken der Briten eine der besten Garantien dafür ist, daß im künftigen Europa freiheitlich-demokratische rechtsstaatliche Grundlagen für unser Zusammensein vorhanden sind.[54])

Über die EWG hinaus

Der Vorsitzende Erich Ollenhauer bezeichnete drei Punkte als wesentlich für die künftige Arbeit der SPD in der Europa-Politik:

1. Die SPD werde alle Bemühungen aktiv unterstützen, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in Bewegung zu halten. Jeder Stillstand beinhalte die Gefahr des Verfalls der Europäischen Einigungsbemühungen.
2. Die SPD werde aktiv alle Bemühungen um eine Ausdehnung der EWG unterstützen. Europa dürfe nicht auf die sechs EWG-Staaten beschränkt bleiben.
3. Die SPD werde die Idee der Europäisch-Atlantischen Gemeinschaft, die Präsident Kennedy am 4. Juli 1962 vorgeschlagen habe, fördern und sich darum bemühen, daß praktische Schritte in dieser Richtung eingeleitet werden. Auf dieses Angebot der umfassenden europäisch-amerikanischen Verbundenheit müsse endlich ein positives europäisches Echo erfolgen.[55])

Grundlagen für die politische Union

Deshalb fordern wir, ungeachtet der bisherigen Fehlschläge und auch ohne die Augen vor den derzeitigen auch in Großbritannien selbst erkennbaren Schwierigkeiten zu verschließen, weitere zähe Bemühungen, England mit dem Gemeinsamen Markt zu vereinigen und dadurch die Grundlage für die europäische politische Union zustande zu bringen.

Wir halten uns an die Feststellung, daß das Vertragswerk . . . nach der übereinstimmenden Ansicht beider Vertragspartner die politische Union nicht ersetzen könne und solle und daß ein Ansatzpunkt zur Erweiterung in der Bestimmung des Schlußkapitels liege, wo es heißt, daß die beiden Regierungen die Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaften über die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit laufend unterrichtet halten werden. Ich möchte hinzufügen, wir wünschen und erwarten, daß der Herr Bundesminister des Auswärtigen im Zusammenwirken mit den Partnern der europäischen Gemeinschaften die in Brüssel durch seine Initiative dankenswerterweise begonnenen Bemühungen um eine Praxis der Konsultation mit den zum Beitritt entschlossenen Ländern

und mit den Ländern, die ein Assoziationsverhältnis zur Gemeinschaft finden wollen, fortsetzt.[56])

Stärkung der Europäischen Gemeinschaften

In der Europapolitik müssen wir die europäischen Gemeinschaften stärken. Das gilt vor allem für die Stärkung der Gemeinschaftseinrichtungen, also von Kommissionen und Parlament und damit für die Verbesserung einer demokratischen Kontrolle. Unvereinbar damit ist es, wenn ein Ministerrat die Funktionsfähigkeit des kontrollierenden Parlaments durch Haushaltskürzungen beeinträchtigt.

Der Stärkung dient weiter der geographische Ausbau dieser Gemeinschaften, vor allem durch die Einbeziehung Großbritanniens und anderer beitrittswilliger Länder. Die europäische Solidarität kann nur gefestigt werden, wenn nach der Aussöhnung mit Frankreich nun auch der große Wurf eines Brükkenschlages über den Kanal gewagt wird. Kühle oder gar schlechte deutsch-britische Beziehungen sind beiden Völkern niemals bekommen.[57])

Neue Impulse

Wir wären alle froh, wenn das ins Stokken gekommene Einigungswerk einen neuen Impuls erhielte. Dieser neue Impuls kann bestimmt nicht dadurch geschaffen werden, daß man sich an den Einrichtungen reibt, die nach dem Willen der Regierungen in den Verträgen von ihnen selbst geschaffen worden sind. Diese Einrichtungen können nämlich nichts dafür, daß das europäische Einigungswerk ins Stocken geraten ist. Ganz im Gegenteil, die europäischen Gemeinschaftseinrichtungen, insbesondere die Kommission, geben sich redliche Mühe, das Einigungswerk fortzusetzen.[58])

EWG kein Selbstzweck

Wir sind in Brüssel davon ausgegangen, daß weder die EWG noch die anderen europäischen Gemeinschaften Selbstzweck, sondern unverzichtbare Teilstücke zur Vereinigung der Völker Europas sind. Ich lege den Ton bewußt auf die Worte „Völker Europas", und das heißt zugleich, daß die europäischen Institutionen aus dem Zwielicht apparatmäßiger Selbstgenügsamkeit und nationalstaatlichen Interessenklüngels heraus müssen. Vordringliche Aufgaben sind hier die Demokratisierung dieser Institutionen und die Popularisierung ihres Wirkens.

Wir können uns eine „Politische Union" weder über noch neben noch als Keil zwischen den bestehenden europäischen Gemeinschaften vorstellen. Unter dieser Prämisse hat das Verbindungsbüro in seiner Brüsseler Entschließung klargestellt, daß es nur dann möglich sein werde, zu einer Ergänzung der europäischen Gemeinschaften durch die Einbeziehung der Fragen auch der Weltpolitik, der Verteidigung und der Kultur zu kommen, wenn die Gegensätze überwunden sein würden, die seit einigen Jahren zwischen Frankreich und den übrigen EWG-Staaten bezüglich des Charakters der Gemeinschaft, der Zweckmäßigkeit einer Beteiligung anderer euro-

päischer Staaten und der Einfügung in den größeren Rahmen der atlantischen Zusammenarbeit bestehen.[59])

Antrag der Fraktion der SPD

Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag hat am 10. Juni 1964 den Entwurf eines Gesetzes über die Wahl der deutschen Mitglieder in das Europäische Parlament vorgelegt. Danach ernennt der Deutsche Bundestag diejenigen seiner Mitglieder zu Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die in einem besonderen Wahlgang auf Bundeslisten am Tage der Wahl zum Deutschen Bundestag nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts ermittelt wurden.[60])

Neuer Vertrag für eine politische Union

1. Für die Außen- und Verteidigungspolitik der sechs Länder des Gemeinsamen Marktes — das heißt politische Union — ist ein neuer Vertrag nach dem gleichen Verfahren wie seinerzeit beim EWG-Vertrag auszuhandeln und von den Parlamenten zu ratifizieren.
2. Die Exekutiven der EWG, der Montanunion und vom Euratom sind zu verschmelzen.
3. Die Befugnisse des Europäischen Parlaments in Haushaltsfragen und bei der Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission sind zu erweitern.
4. Zum Europäischen Parlament sollten direkte Wahlen stattfinden, gegebenenfalls — entsprechend einem Vorschlag Italiens — zunächst nur für die Hälfte der Abgeordneten.
5. Die Europäische Gemeinschaft muß, auch wenn es dazu noch langwieriger Verhandlungen bedarf, um die Länder erweitert werden, die ihren Beitritt zur EWG bereits beantragt haben, vor allem Großbritannien.
6. Mit anderen demokratischen Ländern müßten die Formen der Zusammenarbeit ausgehandelt werden, die deren besonderer Lage Rechnung tragen.
7. Eine auf der Grundlage der Gleichberechtigung beruhende Partnerschaft zwischen dem Vereinten Europa und den Vereinigten Staaten muß als natürlich und notwendig anerkannt werden.[61])

Vorschläge für die weitere Europapolitik

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fordert die Bundesregierung erneut auf, ihre Vorschläge entsprechend den wiederholten Willensbekundungen des Deutschen Bundestages auf folgende Grundsätze zu stützen:

1. Die vorhandenen Europäischen Gemeinschaften und ihre Institutionen dürfen nicht geschwächt werden.

2. Jeder Fortschritt in der Zusammenlegung und im Ausbau der bereits bestehenden Gemeinschaften erhöht die Aussichten für einen politischen Zusammenschluß.
3. Alle Lösungen müssen die Tür für Großbritannien und andere beitrittswillige Länder des freien Europa offenhalten, die bereit sind, die vertraglichen Rechte und Pflichten von Mitgliedern der Gemeinschaft auf sich zu nehmen. Für die demokratischen Länder Europas, deren besondere Lage ihnen den Beitritt zur Gemeinschaft aus politischen Gründen nicht erlaubt, muß ein besonderer Status der Assoziierung mit beiderseitigen Verpflichtungen gefunden werden.
4. Für die Einbeziehungen der politischen und der Verteidigungsfragen in das Werk der europäischen Einigung sind die Erfahrungen der vorhandenen Gemeinschaften von größtem Wert. Es ist ein Vertragsentwurf nötig, der die stufenweise Einführung von Gemeinschaftslösungen auf diesen Gebieten vorsieht. Unentbehrlich ist ein Organ, das vom Gemeinschaftsinteresse her die politischen Verteidigungsprobleme erörtert und Vorschläge macht und dabei frei ist von Weisungen der nationalen Regierungen. Man könnte auch die künftig verschmolzene europäische Exekutive entsprechend ausgestalten und mit dieser zusätzlichen, begrenzten Zuständigkeit ausstatten. Voraussetzung für die Einbeziehung dieser Aufgaben in die Europäischen Gemeinschaften ist eine Übereinstimmung der Partner über die volle Aufrechterhaltung der atlantischen Solidarität. Dazu gehört auch, daß die im WEU-Vertrag gegebenen Möglichkeiten besser genutzt und ausgebaut werden. Unter der Flagge einer politischen Union darf nicht ein Keil zwischen die bestehenden Gemeinschaften getrieben werden.
5. Europa muß demokratisch organisiert sein. Deshalb müssen die Befugnisse des Europäischen Parlaments verstärkt und seine Abgeordneten direkt gewählt werden. Mit der Bildung eines Gemeinschaftsorgans für Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik muß auch das Europäische Parlament die korrespondierenden Diskussions- und Empfehlungsmöglichkeiten erhalten.
6. Der Widerstand eines Mitgliedsstaates gegen Gemeinschafts-Lösungen darf kein Grund zur Aufgabe des als richtig erkannten Zieles sein. Die Bundesregierung muß allen Beteiligten klar sagen, was sie will.
7. Nur ein sich auch politisch zusammenschließendes Europa ist imstande, ein gleichwertiger Partner der Vereinigten Staaten von Amerika zu werden und dadurch die atlantische Solidarität weiterhin zu festigen.
8. Bis zum Abschluß der entsprechenden Verträge sollte die regelmäßige Konsultation der Regierungen im Rahmen der Gemeinschaft der Sechs wieder aufgenommen werden. Die Konsultationen haben die Aufgabe, die Politik der Mitgliedstaaten aufeinander abzustimmen und die Ausarbeitung des neuen Vertrages voranzutreiben. Sie dürfen aber nicht die Befugnisse der bestehenden Gemeinschaften in Mitleidenschaft ziehen.[62])

3. Freundschaft mit Frankreich

Der am 22. Januar 1963 unterzeichnete deutsch-französische Konsultationsvertrag geriet in Gefahr, zu einer Belastung für das Verhältnis der Europäer zueinander zu werden. Es ist ein Verdienst sozialdemokratischer Politik, daß durch das Voransetzen einer Präambel die Bundesrepublik verpflichtet ist, diesen Konsultationsvertrag so anzuwenden, daß damit die großen Ziele für Europa gefördert werden, die die Bundesrepublik Deutschland in Gemeinschaft mit den anderen ihr verbündeten Staaten seit Jahren anstrebt.

Deutschland und Frankreich

Wir, die wir wissen, was deutsch-französische Zerwürfnisse an Blut gekostet haben, was sie überhaupt Europa in seiner Stellung in der Welt gekostet haben, wir wissen auch, was Entfremdung zwischen Deutschland und Britannien uns und Europa gekostet hat. Deswegen sind wir uns bei voller Bejahung der deutsch-französischen Zusammenarbeit, des engen Zusammenrückens, des Lebens in einer Familie doch wohl einig darüber, daß das kein Ausschließlichkeitsbund ist, sondern daß wir bei engster Bewahrung der deutsch-französischen Freundschaft diese beiden Völker als gleiche und nicht als Sonderbündler in die größere Gemeinschaft der freien Völker Europas hineinbringen sollten.[63])

Historisches Verdienst der SPD

Es kann keinen Zweifel geben über die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Ziel und zu der Aufgabe, ein aufrichtiges, enges dauerndes Freundschaftsverhältnis zwischen dem französischen und dem deutschen Volke herzustellen.

Hier, möchte ich sagen, bedarf es von unserer Seite keiner langen Begründung und Motivierung. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie auf dem Gebiet ihrer internationalen Beziehungen hat ein Kapital von besonderem Gewicht und besonderer Eindringlichkeit: das sind die Bemühungen der deutschen Sozialdemokratie um eine deutsch-französische Verständigung bis weit in die Zeit vor dem ersten Weltkrieg.[64])

Der deutsch-französische Konsultationsvertrag

Lassen Sie uns diesen ganzen Komplex EWG, Erweiterung durch Großbritannien und Verhältnis des deutsch-französischen Vertrages zu unseren anderen europäischen und sonstigen vertraglichen Verpflichtungen mit aller Gründlichkeit und allem Ernst untersuchen. Es darf

nicht so sein, daß wir später etwa den Kommentar erhalten: da haben die Deutschen in dieser Zeit einen so gut gemeinten und richtigen Vertrag über deutsch-französische Verständigung unterzeichnet, und sie haben gar nicht gewußt, daß im Grunde in diesem Vertrag eine entscheidende Wende ihrer und der westlichen Politik überhaupt begründet lag. In diese Lage dürfen wir und möchten wir nicht kommen.[65])

Haltung zum Ratifikationsgesetz

Der Parteivorstand bekräftigte seine Auffassung, daß in den jetzt folgenden Ausschußberatungen alles getan werden müsse, das Ratifikationsgesetz so zu gestalten, daß es den deutsch-französischen Vertrag rechtlich bindend in die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sowie die anderen europäischen Gemeinschaften, die Nordatlantische Verteidigungsorganisation, die Westeuropäische Union und den Vertrag über die Beziehungen zwischen den früheren westlichen Besatzungsmächten mit der Bundesrepublik Deutschland einordne.[66])

Keine Wahl zwischen Frankreich und den anderen Freunden

Es muß vor der Gefahr gewarnt werden, die dort entsteht, wo man unserem Volke eine Wahl zwischen Frankreich und den angelsächsischen Mächten suggerieren will. Wir lehnen eine solche Wahl ab, halten sie für verhängnisvoll und vermeidbar. Die SPD wird jedenfalls bemüht sein, ihre Pflicht als deutsche und europäische Partei zu tun. Sie bekennt sich erneut zum Gedanken einer konstruktiven atlantischen Partnerschaft, die über die Fragestellungen des Kalten Krieges hinausreicht und den Erfordernissen dieser sich so rasch wandelnden Welt gerecht wird.[67])

Einordnung in die übergeordneten Ziele

Europa im allgemeinen und unsere beiden Länder im besonderen müssen so eng zusammenhalten und so nahe zueinander kommen, wie das nur immer möglich ist. Dabei hat Europa seine eigene Rolle zu spielen und seine besondere Verantwortung zu tragen. Nicht gegen irgend jemanden, sondern als gleichberechtigter Partner der Gemeinschaft, die wir zu beiden Seiten des Atlantik errichten wollen.

Wir sind froh über die Aussöhnung mit unseren französischen Nachbarn. Aber wir haben es klargemacht, daß diese Freundschaft nicht auf Kosten anderer gehen soll. Sondern daß sie sich einordnen muß in die übergeordneten Ziele der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit.[68])

Frankreich und Amerika

Die Aussöhnung zwischen dem französischen und dem deutschen Volke ist ein bleibendes Grundelement deutscher Politik. Ohne Frankreich gibt es kein Europa; ohne die Vereinigten Staaten keine europäische Sicherheit.[69])

Anwendung des deutsch-französischen Vertrages

Es geht darum, ob der Charakter des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages verändert werden soll. Der Bundestag hat beschlossen, daß dieser Vertrag eingeordnet sein soll in unsere europäischen und atlantischen Verpflichtungen. Wir Sozialdemokraten sind von altersher für die deutsch-französische Freundschaft. Aber wir sind dagegen, daß die Voraussetzungen zerstört werden, die der Bundestag festgelegt hat.[70])

Der Vorstand der SPD ist der Auffassung:

1. Der deutsch-französische Vertrag vom 22. Januar 1963 darf nur in der Form und in dem Geist angewandt werden, wie ihn der Deutsche Bundestag am 16. Mai 1963 gebilligt hat. Die in das Ratifikationsgesetz eingeschlossene Präambel legt ausdrücklich fest, daß die Einigung Europas auf dem durch die Schaffung der Europäischen Gemeinschaften begonnenen Wege fortgeführt und deren weitere Stärkung erreicht werden soll.

2. Der Vorstand der SPD fordert die Bundesregierung auf, auf dieser Basis einen Vertragsentwurf über die Außen- und Verteidigungspolitik zu entwerfen, diesen zwischen den Staaten der EWG auszuhandeln und den Parlamenten zur Ratifizierung vorzulegen. Dieser Vertragsentwurf muß so gehalten sein, daß ihm andere demokratische Länder Europas beitreten können.

3. Der Vorstand der SPD lehnt eine Zweierunion ab, da Sonderbünde die Gemeinschaft nicht stärken, sondern sprengen.

4. Er tritt für einen Ausschuß ein, der als Bindeglied zwischen dem in der EWG bereits organisierten Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika wirken soll.[71])

C. DEUTSCHLAND

1. Einheit und Freiheit

In der gegebenen weltpolitischen Lage kommt es darauf an, der Welt zu beweisen, daß das deutsche Volk auf das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen nicht verzichten wird. Die Sicherheit und Stabilität der Bundesrepublik sind unerläßliche Voraussetzungen für die Überwindung der Spaltung, und nur so sind im Zusammenwirken mit unseren Freunden und Verbündeten neue Ansätze für ein fruchtbares Deutschlandgespräch unter den Weltmächten zu schaffen.

Zur sowjetischen Deutschlandpolitik

Wir haben die sowjetischen Pläne für die Beseitigung des freien Berlins und für eine Verewigung der Spaltung Deutschlands durch die Anerkennung des Pankower Regimes. Wir haben die ununterbrochene Vergewaltigung der Menschenrechte an der Mauer und an der Zonengrenze. Wir haben den Druck auf Berlin mit immer neuen, einseitigen Maßnahmen der Sowjets oder der Zonenmachthaber. Wir können diese Ziele der sowjetischen Politik nicht hingehen lassen und erst recht nicht in irgendeiner Weise akzeptieren. Niemand will das hier in diesem Hause. Aber, meine Damen und Herren, haben wir gar nichts zu tun, als die Unvereinbarkeit der Vorstellungen festzustellen und dann abzuwarten, was alles durch das dauernde einseitige Vorstoßen der anderen Seite geschieht?[72])

Verletzung der Menschenrechte

. . . die Bundesregierung sollte sich bemühen, eines oder einige befreundete Mitglieder der Vereinten Nationen dazu zu gewinnen, die Frage der Verletzung der Menschenrechte — und nur diese Frage — vor die Vereinten Nationen zu bringen mit dem Ziel, daß die Vereinten Nationen sich in einem besonderen Ausschuß mit diesem menschlichen Problem beschäftigen. Wir haben das Beispiel der Kommission für die Freilassung von Kriegsgefangenen Anfang der fünfziger Jahre.[73])

Das Selbstbestimmungsrecht

Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, dieser Punkt darf nicht von der Tagesordnung der internationalen Politik verschwinden. Es darf keine Erledigung durch Verschweigen geben. Und verschwiegen ist etwas sehr leicht;

denn die Menschen, vor allen Dingen jene, die nicht unmittelbar betroffen sind, lieben Erledigungen, die so geräuschlos vor sich gehen, sehr . . .

Man mißverstehe mich nicht. Es gilt nicht, Querelen heraufzubeschwören. Die Gebetsmühle ist kein taugliches Instrument für gute Außenpolitik. Weinerlichkeit zahlt sich nicht aus, so wenig wie Arroganz. Aber wo irgend es am Platze ist, müssen die deutschen Forderungen klar erhoben werden. Und wir sollten uns nicht scheu machen lassen durch die Behauptung, wir langweilten damit die Welt. Vielleicht müssen wir sie langweilen![74])

Zur Denkschrift der Bundesregierung vom 21. 2. 1962

Wir haben den Anspruch des deutschen Volkes, in einem wiedervereinigten, demokratischen Deutschland leben zu dürfen, zu einer Wiedervereinigungspolitik zu formen, die im Einklang mit der Denkschrift der Bundesregierung an die Sowjetregierung vom 21. Februar 1962 zur Deutschland- und Berlin-Frage, gewissermaßen in Fortschreibung dieser Denkschrift und im Vollzug der in ihr enthaltenen Gedanken, entwickelt wird. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit den Fraktionen des Deutschen Bundestages einen wiedervereinigungspolitischen Arbeitsplan zu beraten und zu vereinbaren.[75])

Beseitigung der Spannung in Deutschland

Jetzt geht es darum, an der Strategie des Friedens mitzuarbeiten, zu der sich auch die Bundesregierung während des Besuchs von Präsident Kennedy bekannt hat. Die Ursachen der weltpolitischen Spannung liegen gerade auch auf deutschem Boden. Schrittweise friedliche Veränderungen müssen sich gerade auch auf das deutsche Problem beziehen. Erleichterungen für die Menschen im geteilten Berlin und im gespaltenen Deutschland könnten ein erster Schritt sein. Aber der Weg muß zur Selbstbestimmung für die von uns getrennten Landsleute führen und zur Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit in Frieden und Freiheit.

Eine Entspannung im Ost-West-Konflikt, die wir wünschen, die aber noch keineswegs sicher ist, kann uns das Zonenregime nicht annehmbarer machen. Den Ulbricht-Staat können wir nicht anerkennen, wir können ihn nur mit friedlichen Mitteln überwinden wollen. Die Klarstellung der rechtlichen Position ersetzt jedoch keine gesamtdeutsche Politik. Es gehört zu den gemeinsamen Überzeugungen der demokratischen Parteien, daß technische und praktische Regelungen im gespaltenen Deutschland — wie sie zum Beispiel beim Interzonenhandel, im Eisenbahn- und Postverkehr und ähnlichen Fragen bestehen — mit einer Anerkennung nichts zu tun haben. Sie können auch niemals die harte politische Auseinandersetzung mit den Kommunisten ersetzen.[76])

Menschen- und Bürgerrechte für alle Deutschen

Europa vereinigen und die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen freien Nationen zu verwirklichen, das ist Politik, mit der Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Menschen- und die Bürgerrechte auch den noch in der Unterdrückung leben-

den Deutschen zu gewährleisten. Und um das geht es im Grunde genommen bei dem Problem, das man die deutsche Frage nennt. Das ist kein nationalstaatliches Problem allein oder mehr, das ist kein Problem der Diplomatie allein, das ist ein Problem der Orientierung darauf, ob man zu dieser großen Gemeinschaft der Nationen beitragen will nach bestem Wissen und Gewissen und nach allen Kräften, die man hat, mit der es erreicht werden kann, daß die Menschen- und die Bürgerrechte überall in der Welt und damit auch den Deutschen, die heute noch in der Unterdrückung leben, gewährleistet werden müssen.[77])

Der Wille, die Spaltung zu überwinden

Niemand von uns leugnet, daß das Land zerrissen und geteilt ist — gegen unseren Willen. Das ist eine Realität, an der wir uns jeden Tag wundstoßen. Aber der Wille, uns mit diesem Zustand nicht abzufinden, sondern ihn zu überwinden, ist auf die Dauer die stärkere Realität, von der man Kenntnis nehmen muß.[78])

Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts nur mit politischen Mitteln

Wir erstreben — das weiß die ganze Welt, und das sollte auch die Sowjetunion zur Kenntnis nehmen — die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts für das deutsche Volk mit ausschließlich politischen Mitteln. Es gibt niemanden in diesem Hause, der die Durchsetzung dieses Rechtes etwa mit den Mitteln der Gewalt anstreben würde, weil wir alle wissen, daß das keine Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit, sondern eine Wiedervereinigung im Massengrab wäre. Das sollten auch alle anderen draußen wissen, daß es hier um ein politisches Ringen geht. Dieses Ringen geht darum, daß wir Deutschen unsere inneren Angelegenheiten in ganz Deutschland selber und ohne fremde Bevormundung, ohne sowjetische Bevormundung, entscheiden wollen.[79])

Verständnis bei allen Völkern gewinnen

Wir sind als ein Volk in einem gespaltenen und immer noch geteilt gehaltenen Land darauf angewiesen, daß man uns in der Welt richtig versteht. Wir müssen das so übereinstimmend wie möglich zu vertreten suchen, daß man in der Welt nicht denen glaubt, die uns als Revanchisten, als Kriegstreiber, als Leute darstellen, die alles auf eine Karte setzen, um eben am Schluß doch das, was wir nicht haben, mit Gewalt zu nehmen. Diese Leute müssen wir zu widerlegen suchen durch unsere Art, uns politisch und in sonstiger Weise zu geben, miteinander uns zu zeigen.[80])

Zur Konföderation

Das Wort Konföderation selber ist weder an sich gut noch an sich schlecht, und wir sollten es uns auch nicht für alle Zeiten und in jedem Zusammenhang nehmen lassen. Das würde voraussetzen die Gewährleistung der gleichen Men-

schen- und Bürgerrechte in jenen Teilen, die zeitweise konföderieren, einschließlich, würde ich sagen, des Rechtsgefüges, diese gleichen Menschen- und Bürgerrechte zu sichern und zu schützen. Dann müßte alles andere ein solcher Prozeß des Sich-Durchsetzens der Rechte sein. Sonst ist „Konföderation undiskutabel.[81])

Recht auf Selbstbestimmung und das Heimatrecht

Für die Sozialdemokratische Partei ist das Recht auf Selbstbestimmung ein unverrückbarer Grundsatz; dieses Recht ist für uns unteilbar. Es muß für alle Völker und alle Nationen gelten und damit selbstverständlich auch für uns. Dies ist keine neue Weisheit. Selbstbestimmung im Innern und nach außen, dieses Ordnungsprinzip gehört zum geistigen Rüstzeug unserer Partei während ihrer hundertjährigen Geschichte. Für diese grundsätzliche Überzeugung wurde viel gestritten und gelitten.

Selbstbestimmungsrecht und Heimatrecht und ein Volksgruppenrecht auf der Grundlage der für alle verbindlichen Menschenrechte — dies vertreten wir Sozialdemokraten heute und morgen, in anderen Teilen der Welt und bei uns in Europa.

Aber gerade wenn und weil wir das Recht auf Selbstbestimmung und das Heimatrecht vertreten, müssen wir wissen, wie die Welt das Münchener Abkommen sieht. Sie sieht es als einen Höhepunkt der Erpressungspolitik der nationalsozialistischen Gewalthaber. Für sie ist dieses Abkommen heute noch die vorletzte Station vor dem Kriege, der aber Millionen von Opfern an Blut und Gut gekostet hat, der unser eigenes Volk bis an den Rand des Abgrundes führte und der für die Sudentendeutschen und für Millionen anderer ausmündete in die Vertreibung aus der Heimat. Hüten wir uns davor, falsche Bezugspunkte zu wählen. Das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Heimat sind Werte und Ziele, die die Zukunft für sich haben. Diese Werte und Ziele werden stärker sein als die Großmachtvereinbarungen der Vergangenheit oder die Machtansprüche der Gegenwart. [82])

Verhältnis zu Israel ist beweiskräftig

Für Vertrauen in der Welt ist das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Israel wichtig, nach allem, was geschehen ist, ein besonders delikates Problem. Die Regierung jenes Landes befindet sich in einer schwierigen Lage; Angriffsdrohungen der Umwelt mehren sich. In dem Appell des Ministerpräsidenten Eschkol findet sich — in dieser Lage finde ich das besonders bemerkenswert — viel Anerkennung für unser Volk mit dem Hinweis darauf, daß sich in diesem Millionenvolk Kräfte der Erneuerung und der Abschüttelung der jüngsten Vergangenheit regen: „hervorbrechen" sagt er. Jetzt ist es an uns, zu zeigen, daß diese Kräfte in Parlament und Regierung sichtbaren Ausdruck finden.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß das vor den Ferien eingebrachte zweite Ausführungsgesetz zu Art. 26 des Grundgesetzes endlich behandelt wird. Die Regierung muß klarmachen, daß die Tätigkeit Deutscher bei der

Waffenproduktion gegen Israel unvereinbar mit den Lebensinteressen unseres Volkes ist und daß das nicht mit anderen Problemen zu vermischen ist. Ein Ansatz ist heute gemacht worden. Wir sollten es aber nicht bei der Aufforderung zur Rückkehr bewenden lassen, sondern ein Gesetz so gestalten, daß jeder weiß: die Nichtbefolgung ist strafbar. Dies stört die guten Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht, was auch von dort immer gesagt werden mag. Wir wünschen den arabischen Staaten Erfolg beim Aufbau eines menschenwürdigen Lebens nach errungener Unabhängigkeit und helfen doch weiß Gott nach Kräften dabei mit. Aber jene Völker müssen verstehen, daß nach allem Geschehenen Deutsche nicht Handlanger eines neuen Anschlages gegen die Überlebenden des jüdischen Volkes werden dürfen. [83])

Wiedervereinigung

Wie soll es nun weitergehen? Unsere Verbündeten sagen, sie sind für die Wiedervereinigung, aber sie können sich gegen die Sowjetunion nicht durchsetzen. Wir sagen, die deutsche Einheit ist unser oberstes Ziel, aber wir wollen es nur mit friedlichen Mitteln erlangen. Das mag hoffnungslos erscheinen, aber die Lage ist nicht ohne Hoffnung; denn die Welt wird auch in Zukunft nicht stehenbleiben.

Willenserklärungen der sowjetischen Großmacht nehmen wir nicht auf die leichte Schulter. Aber wir halten es für reaktionär zu glauben, man könne einen widernatürlichen Zustand für Jahrzehnte festschreiben. Wir meinen vielmehr, daß Europa wieder Gestalt annimmt und daß ein freies und einiges Europa, in Partnerschaft mit Amerika, das Verhältnis zur Sowjetunion auf eine vernünftige Grundlage stellen kann. Zu dieser vernünftigen Grundlage gehört die Lösung der deutschen Frage. [84])

2. Hauptstadt Berlin

In Berlin geht es um die Zukunft Deutschlands. Die Sicherheit des freien Berlin ist gleichbedeutend mit der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Der unmittelbare Druck der Sowjetunion, hervorgerufen durch das Ultimatum von 1958, hat sich gelockert. Doch haben die Kommunisten das Ziel ihrer Politik nicht aufgegeben, Berlin aus der Bundesrepublik herauszubrechen.

Berlin, ein Teil Deutschlands

Berlin ist doch für uns nicht nur ein Etatposten. Wir müssen immer wieder gemeinsam mit dem Berliner Senat untersuchen, was getan werden muß, um die Position Berlins zu stärken und das Vertrauen der Berliner Bevölkerung in seine Zukunft — vor allem

bei den jungen Berlinern — zu erhalten. Wir müssen uns gegenüber Berlin auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens so verhalten, als ob Berlin jetzt schon tatsächlich unsere Hauptstadt wäre und, wie der Herr Bundespräsident gesagt hat, als ob es dabei auf uns allein ankäme. [85])

Vorschlag zur Bildung eines Arbeitsausschusses

Unser Vorschlag ist, die Bundesregierung zu bitten, daß sie einen kleinen Arbeitsausschuß bildet, bestehend aus Vertretern der Bundesregierung und des Berliner Senats und aus Vertretern der drei Fraktionen des Bundestages, mit dem Auftrag, den gesamten Fragenkomplex um Berlin zu untersuchen und fortgesetzt den Versuch zu machen, zu gemeinsamen Vorstellungen zu kommen. Ich sage: gemeinsame, einstimmig gebilligte Vorschläge; denn Berlin ist unser aller gemeinsame Aufgabe, und die Vorschläge müssen von allen getragen werden, die in Exekutive und Parlament Verantwortung tragen. [86])

Die Aufgabe Berlins

Die Aufgabe lautet, den freien Teil der Stadt zur geistigen Hauptstadt des Volkes zu entwickeln, zu einem der modernsten und vorbildlichen Industriezentren Europas auszubauen, mehr als zwei Millionen Menschen Freiheit und Raum zu sichern, in dem sie sich entfalten können, und mitzuhelfen an dem, was Berlin für unser Volk, für Europa und die Welt bedeutet.

Der Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes wird in dieser Stadt gehütet. Hier schlägt das Herz Deutschlands. Berlin lebt für das Ziel, wieder Hauptstadt eines freien und geeinten Volkes zu werden. An dieser Aufgabe hat sich nichts geändert.

. . . Die sowjetische Führung hat vier Jahre nach der Eröffnung ihrer politischen Generaloffensive gegen das freie Berlin zwei Dinge zur Kenntnis nehmen müssen:

a) Berlin ist eine Stadt des Westens. Die westlichen Truppen bleiben in Berlin, bis die Mauer fällt und bis die Lösung der deutschen Frage in Frieden und Freiheit erreicht sein wird. Sie stehen hier kraft Vertrag und Überzeugung und weil die Berliner das wünschen.

b) Berlin ist ein deutsches Bundesland. Der Selbstbehauptungswille seiner Menschen und die Lebensfähigkeit des freien Berlin lassen sich weder im frontalen politischen Angriff oder durch propagandistisches Trommelfeuer brechen noch mit taktischen Umgehungs- und Störmanövern, subversiver Tätigkeit, Lockungen und Drohungen unterhöhlen. [87])

Das Verhältnis zur Bundesrepublik

Die Grundsätze der Berlin-Politik, wie sie im Zusammenwirken zwischen den tragenden Kräften des freien Deutschland entwickelt wurden, gelten unverändert. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zur Bundesrepublik, für die gesamtdeutsche Verpflichtung und für

die Bemühungen um eine tragbare Zwischenlösung, wie sie vom Berliner Senat in Abstimmung mit der Bundesregierung vorgeschlagen ist. [88])

Die Bundesrepublik vertritt Berlin außenpolitisch

Die Bundesrepublik Deutschland ist verpflichtet, das Land Berlin außenpolitisch zu vertreten. Das muß auch für die Abmachungen gelten, welche sie mit osteuropäischen Staaten trifft.

Wir können uns keine Herauslösung Berlins aus diesem Anlaß leisten, weil das den sowjetischen Bemühungen — die Stellung Berlins zu untergraben — zu einem großen Teil entgegenkommen würde. [89])

Keine Schwächung der Bindung zwischen Berlin und der Bundesrepublik

1. Der Vorstand der SPD war und bleibt der Auffassung, daß die Bindungen zwischen dem freien Berlin und der Bundesrepublik nicht geschwächt werden dürfen. Auch in der Passlerschein-Frage dürfen deshalb Berlin und der Bund nur in Übereinstimmung handeln.
2. Die Rechte und Pflichten der alliierten Schutzmächte in Berlin dürfen nicht beeinträchtigt werden.
3. Unter Beachtung dieser Grundsätze soll in vertretbaren Formen weiterhin nichts unversucht gelassen werden, um einen freien Personenverkehr in Berlin zu ermöglichen. [90])

3. Die Mauer überwinden

Die durch die Zonenmachthaber herbeigeführte unmenschliche Trennung unseres Landes durch Mauer und Stacheldraht muß beseitigt werden. Bis dahin müssen alle möglichen Anstrengungen gemacht werden, um wenigstens die unmenschlichen Auswirkungen zu überwinden.

Einen Friedensvertrag erarbeiten

Ich plädiere dafür, daß die Bundesregierung bei den drei Westmächten anregt,
eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Bundesrepublik zu schaffen, die die Aufgabe hat, die westlichen Vorstellungen für einen Friedensvertrag für Deutschland zu erarbeiten und zu formulieren. Heute tun wir so, als ob diese Frage überhaupt nicht existierte, statt daß wir uns einmal Gedanken darüber machen, welche Vorstellungen wir gemeinsam mit unseren Verbündeten entwickeln wollen, mit welchen Vorstellungen als gemeinsamer Basis wir in eine solche Friedenskonferenz gehen wollen, wenn sie einmal kommt. [91])

Zur Note der Bundesregierung an die Sowjetunion

Der Herr Bundeskanzler hat auf die Note der Bundesregierung an die Sowjetregierung vom Februar 1962 hingewiesen, und er hat noch einmal seine Erklärung vom Oktober 1962 in die Erinnerung gerufen. In beiden Fällen ist der Versuch gemacht worden, mit der Sowjetunion in ein Gespräch zu kommen und vor allen Dingen auch Mittel und Wege zu finden, die es möglich machen könnten, das menschliche Schicksal der Menschen hinter der Mauer und hinter dem Stacheldraht zu erleichtern. Es ist richtig, daß die andere Seite darauf nicht reagiert hat. Aber das sollte uns nicht davon abhalten, auf diesem Weg nachdrücklich weiterzubohren, immer von neuem auf diese Dinge aufmerksam und deutlich zu machen, daß es in der Frage der Verurteilung dieser Unmenschlichkeiten und in unserem Bemühen, hier menschliche Erleichterungen zu schaffen, keine Ermüdung, kein Nachlassen und keine Gewöhnung durch die Zeit geben kann und geben wird. [92])

Linderung der Not unserer Landsleute in der Zone

Da gibt es tatsächlich eine gemeinsame Aufgabe, die immer bestanden hat und die wir hier nur noch einmal unterstreichen können, nämlich dafür zu sorgen, daß das Bewußtsein der unlösbaren Zusammengehörigkeit zwischen uns und den Menschen in der Zone und in Ost-Berlin hier in diesem Teil Deutschlands gestärkt wird und daß wir aus diesem Bewußtsein auch die notwendigen Konsequenzen ziehen, indem wir alles tun, was jeder einzelne tun kann, um wenigstens etwas von der Not zu mildern, die in der Zone von unseren Landsleuten ertragen werden muß. [93])

Bedeutung der Strategie des Friedens für Deutschland

Jetzt geht es darum, an der Strategie des Friedens mitzuarbeiten, zu der sich auch die Bundesregierung während des Besuches von Präsident Kennedy bekannt hat. Die Ursachen der weltpolitischen Spannung liegen gerade auch auf deutschem Boden. Schrittweise friedliche Veränderungen müssen sich gerade auch auf deutsche Probleme beziehen. Erleichterungen für die Menschen im geteilten Berlin und im gespaltenen Deutschland könnten ein erster Schritt sein. Aber der Weg muß zur Selbstbestimmung für die von uns getrennten Landsleute führen und zur Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit in Frieden und Freiheit. [94])

Aufgabe deutscher Politik

Aufgabe der deutschen Politik ist es, unser Problem einzuschleusen in den erregenden Wandel, der sich in der Welt vollzieht. Die Völker bleiben nicht stehen und die Verteidiger des gesellschaftlichen Status quo geraten in die Defensive. Gesellschaftliche, machtpolitische und ideologische Entwicklungen von weitreichender Bedeutung vollziehen sich auch, wie wir alle wissen, in der kommunistischen Welt, und es erscheint nicht völlig hoffnungslos, sie ein wenig zu beeinflussen. [95])

Aufgabe deutscher Politik

Das alles schließt nicht aus, mit Hilfe einer praktischen Politik und dazu auch einer passenden Diplomatie schon heute und morgen den sich ständig verändernden Gegebenheiten gerecht zu werden, um Schritt für Schritt, notfalls auch millimeterweise, die Lage der Menschen, die am schwersten unter der Spaltung Deutschlands leiden, zu verbessern. [96])

Überwindung der unmenschlichen Auswirkungen der Mauer

Die SPD bestärkt den Senat von Berlin in seinem Bemühen, weiterhin im Einvernehmen mit der Bundesregierung unter Wahrung der Stellung des Landes Berlin in der Bundesrepublik und im Zusammenwirken mit den alliierten Schutzmächten, ohne irgendeinen nachteiligen Vorgriff auf die spätere Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes, die unmenschlichen Auswirkungen der Mauer zu mildern, mit dem Ziel, die Freizügigkeit in Berlin in beiden Richtungen wiederherzustellen. [97])

Was können wir tun?

Wir müssen auch in unserem unmittelbaren Bereich alles tun, was den Zusammenhalt der voneinander getrennten Volksteile sichert und was damit der Wiedervereinigung hilft. Ein praktischer Schritt ist hier wichtiger als ein Dutzend Programme. Die Passierscheinregelung vom 17. Dezember 1963 war, auf die Menschen bezogen, ein kleines Stück einer Defacto-Wiedervereinigung. Mit den Mitteln einer technischen Übereinkunft wurde hier eine Gasse gebahnt durch Mauer und Stacheldraht. Das seelische Leid vieler Menschen wurde gemildert, das Gefühl der Zusammengehörigkeit wurde gefestigt. Deshalb unternehmen wir alle Anstrengungen, um in vertretbaren Formen neue Regelungen durchzusetzen, die den Menschen helfen. Das gilt nicht nur für Verwandtenbesuche und nicht nur für Berlin.

Mit der Zone müssen wir uns nicht beschäftigen, als ob es sich um den Teil einer anderen Welt handelt, sondern daß es sich um den anderen Teil unseres Vaterlandes handelt. . . .

Was können wir selbst un? Was kann jeder von uns tun? Wir laden unsere westdeutschen Landsleute ein, weiterhin in die Hauptstadt Deutschlands zu kommen und dabei auch den Ostsektor zu besuchen. Jeder vierte Bundesrepublikaner hat Verwandte in der Zone, viele andere haben dort gute Bekannte. Ich meine, mehr Menschen sollten die gegebenen Möglichkeiten nutzen und sich um einen persönlichen Besuch in der Zone bemühen. Briefe schreiben ist gut; vielleicht sollten wir uns aber mehr Gedanken machen, was wir in unseren Briefen von Mensch zu Mensch zu sagen haben. Auch bei den Päckchen bitte keine Pflichtübung, keine Routine, sondern immer daran denken, was hinein darf und was drüben wirklich gebraucht wird und was ein bißchen Freude bereiten kann. Insofern gilt für den 17. Juni wie für den Muttertag: Wer nur an dem einen Tag eine Pflicht spürt, der

versäumt seine Pflicht. Der Wille, zusammenzugehören und zusammen leben zu wollen, muß im Alltag und muß das ganze Jahr über deutlich werden.

Unsere Antwort an die Spaltungsfanatiker muß lauten: Wir werden den Weg nach Deutschland auf jeden Fall offenhalten. Die deutsche Frage muß mit der Strategie des Friedens und mit der Offensive der Freiheit verbunden bleiben. Wir brauchen überzeugende deutsche Beiträge zur Sicherung des Friedens und zur Erweiterung des Raumes der Freiheit. [98])

Technische Kontakte

Die SPD ist zu jeder sachgemäßen und sachlichen Erörterung bereit, die für die Koordinierung und Intensivierung aller Bemühungen um die Milderung der Formen und Begleiterscheinungen der Spaltung Deutschlands und seiner Hauptstadt Berlin für die von der Spaltung betroffenen Menschen auf beiden Seiten von Mauer und Minenfeldern von Nutzen sind. Zur Zeit ist es am wichtigsten, Klarheit darüber zu schaffen, wie wir Deutschen unter den sich ändernden Umständen unserer Verpflichtung gerecht werden wollen, den von uns getrennten Landsleuten Erleichterungen zu verschaffen. Zunächst müssen Bundesregierung und Berliner Senat im höchstmöglichen Einvernehmen mit den politischen Parteien des Deutschen Bundestages die verschiedenen Fragen der technischen Kontakte zu einer Gesamtschau zusammenfügen. Die Verantwortung für die Koordinierung der verschiedenen Bundesressorts kann der Bundesregierung allerdings nicht abgenommen werden. [99])

Wenn es erreichbar ist, die im Anschluß an das erfolgreiche Verwaltungsabkommen von Weihnachten und Neujahr 1963/1964 betriebenen Verhandlungen über eine vorläufige Regelung von Besuchen Westberliner Einwohner in Ost-Berlin zunächst durch ein erneutes Abkommen zum Ziele zu führen, darf nach Ansicht der SPD keine Mühe gescheut werden, ein solches Verwaltungsabkommen zustande zu bringen. Die SPD erblickt in einem solchen Abkommen keinen Ersatz für die Herstellung voller Freizügigkeit, die allen Einwohnern der willkürlich getrennten Teile Berlins und Deutschlands überhaupt zugute kommen muß. Aber die SPD sieht in den Bemühungen um jede Erleichterung der verwandtschaftlichen und menschlichen Begegnungen einen Schritt zu diesem Ziel. Die SPD geht weiterhin davon aus, daß solche Schritte im Einvernehmen zwischen Bundesregierung und Berliner Senat, unter Wahrung der Stellung des Landes Berlin in der Bundesrepublik und im Zusammenwirken mit den alliierten Schutzmächten unternommen werden, ohne irgendeinen nachteiligen Vorgriff auf die spätere Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes. [100])

Mit einem jetzt möglichen Verwaltungsabkommen wird zwar noch nicht die Gefangenschaft der hinter Mauer und Minengürtel festgehaltenen Deutschen beendet, aber die durch ein Verwaltungsabkommen möglichen „Gefangenenbesuche" werden in Deutschland selbst und in der Welt die Unhaltbarkeit der Mauer vor aller Augen stellen.

Nicht die verbissene Härte, mit denen die kommunistische Gegenseite versucht, separatistische Positionen zu behaupten, dürfen das Verhalten des freien Teiles Deutschlands bei den Bemühungen um Erleichterungen bestimmen, sondern der Wille, Humanität schließlich über Mauer, Schießbefehl und Minengürtel triumphieren zu lassen. [101])

Zonenrandgebiete

Keine Verödung der

Wir dürfen die Zonenrandgebiete nicht veröden lassen. Schließlich hieß es früher von Thüringen, jetzt auf der anderen Seite, es sei das grüne Herz Deutschlands. Wir haben es also mit Randgebieten an einer Demarkationslinie, aber nicht mit einem fernen Grenzland zu tun. Wir müssen Konsequenzen ziehen für Straßen, Bahnen, Wirtschaft, kulturelles Leben aller Art bis hin zum Ausbau des Schulwesens, damit die Menschen Ausbildungs- und Aufstiegschancen haben, ohne ihre Heimat verlassen zu müssen. [102])

VERZEICHNIS DER QUELLEN

[1]) Erich Ollenhauer am 11. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[2]) Erich Ollenhauer am 7. Februar 1963 im Deutschen Bundestag
[3]) Willy Brandt am 28. Juli 1963 im Parteirat
[4]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 im Deutschen Bundestag
[5]) Carlo Schmid am 23. September 1963 vor der Beratenden Versammlung des Europarats
[6]) Willy Brandt am 14. Dezember 1963 auf dem Bundeskongreß der SPD
[7]) Herbert Wehner am 9. März 1964 auf dem Kongreß „Gegen Trennung und Gewalt"
[8]) Willy Brandt am 28. Juni 1963 vor dem Vorstand, dem Parteirat und der Kontrollkommission der SPD
[9]) Willy Brandt am 18. Oktober 1963 aus Anlaß der Verleihung des Paul-Henri-Spaak-Preises
[10]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 im Deutschen Bundestag
[11]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 im Deutschen Bundestag
[12]) Herbert Wehner am 21. Januar 1964 im Deutschen Bundestag
[13]) Fritz Erler am 22. Januar 1964 im Deutschen Bundestag
[14]) Herbert Wehner am 9. März 1964 auf dem Kongreß „Gegen Trennung und Gewalt"
[15]) Willy Brandt am 22. Mai 1964, Erklärung bei Abschluß einer Reise durch die USA
[16]) Willy Brandt am 5. Juni 1964 vor der Bundestagung der Seliger-Gemeinde
[17]) Willy Brandt am 29. August 1964 auf der Gedenkkundgebung der SPD aus Anlaß des Kriegsbeginns 1914 und 1939
[18]) Herbert Wehner am 16. Oktober 1964 im Deutschen Bundestag
[19]) Erich Ollenhauer am 11. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[20]) Erich Ollenhauer am 11. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[21]) Erich Ollenhauer am 15. März 1963 vor der Friedrich-Ebert-Stiftung
[22]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 im Deutschen Bundestag
[23]) Erich Ollenhauer am 11. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[24]) Herbert Wehner am 9. März 1964 auf dem Kongreß „Gegen Trennung und Gewalt"
[25]) Fritz Erler am 7. Februar 1963 vor dem Deutschen Bundestag
[26]) Fritz Erler am 9. Mai 1963 im Deutschen Bundestag
[27]) Fritz Erler am 8. September 1963 vor der Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der NATO-Staaten
[28]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 vor dem Deutschen Bundestag
[29]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 vor dem Deutschen Bundestag
[30]) Parteivorstand und Vorstand der Bundestagsfraktion am 13. Dez. 1963
[31]) Willy Brandt am 11. März 1964 vor dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften
[32]) Karl Wienand am 22. Mai 1964, Interview im Parlamentarisch-Politischen Pressedienst
[33]) Erich Ollenhauer, Erklärung vom 19. August 1963

[34]) Kommuniqué des Parteivorstandes vom 28. August 1963
[35]) Carlo Schmid am 23. September 1963 vor der Beratenden Versammlung des Europarates
[36]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 im Deutschen Bundestag
[37]) Fritz Erler am 22. Januar 1964 im Deutschen Bundestag
[38]) Fritz Erler am 22. Januar 1964 im Deutschen Bundestag
[39]) Willy Brandt am 11. März 1964 vor dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften
[40]) Fritz Erler am 9. Mai 1963 im Deutschen Bundestag
[41]) Carlo Schmid am 23. September 1963 vor der Beratenden Versammlung des Europarats
[42]) Fritz Erler am 8. September 1963 auf der Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der NATO-Staaten
[43]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 vor dem Deutschen Bundestag
[44]) Fritz Erler am 22. Januar 1964 vor dem Deutschen Bundestag
[45]) Willy Brandt am 21. April 1964 für die SPD (Erklärung)
[46]) Herbert Wehner am 12. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[47]) Erich Ollenhauer am 11. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[48]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 im Deutschen Bundestag
[49]) Herbert Wehner am 9. März 1964 auf dem Kongreß „Gegen Trennung und Gewalt"
[50]) Willy Brandt am 11. März 1964 auf dem Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften
[51]) Willy Brandt auf der Gedenkkundgebung der SPD am 29. August 1964
[52]) Herbert Wehner am 16. Oktober 1964 im Deutschen Bundestag
[53]) Erich Ollenhauer am 11. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[54]) Fritz Erler am 7. Februar 1963 im Deutschen Bundestag
[55]) Kommuniqué über die Sitzung des Vorstandes der SPD am 21. März 1963 in Berlin
[56]) Herbert Wehner am 16. Mai 1963 im Deutschen Bundestag
[57]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 im Deutschen Bundestag
[58]) Fritz Erler am 9. Januar 1964 im Deutschen Bundestag
[59]) Herbert Wehner am 31. Januar 1964, Interview im Parlamentarisch-Politischen Pressedienst
[60]) Antrag der Fraktion der SPD vom 10. Juni 1964
[61]) Willy Brandt am 9. Juli 1964 vor der Jahrestagung der Konzentration GmbH
[62]) Entschließung des Parteirats der SPD am 2./3. Oktober 1964 in Bonn
[63]) Fritz Erler am 12. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[64]) Erich Ollenhauer am 7. Februar 1963 im Deutschen Bundestag
[65]) Erich Ollenhauer am 7. Februar 1963 im Deutschen Bundestag
[66]) Kommuniqué über die Sitzung des Vorstandes der SPD am 26. April 1963 in Bonn
[67]) Beschluß des Vorstandes der SPD am 28. August 1963
[68]) Willy Brandt am 29. September 1963 vor den Delegierten des Parteitages der Labour Party
[69]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 im Deutschen Bundestag

[70]) Willy Brandt am 7. Juli 1964 vor der Jahrestagung der Konzentration GmbH
[71]) Kommuniqué über die Parteivorstandssitzung am 15. Juli 1964 in Bonn
[72]) Erich Ollenhauer am 11. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[73]) Erich Ollenhauer am 11. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[74]) Carlo Schmid am 8. Mai 1963 im Deutschen Bundestag
[75]) Herbert Wehner am 15. Juni 1963 in „Das Forum", Beilage in „Die Welt"
[76]) Kommuniqué über die Sitzung des Parteivorstands der SPD vom 28. August 1963 in Hamburg
[77]) Herbert Wehner am 14. Dezember 1963 auf dem Bundeskongreß der SPD
[78]) Fritz Erler am 9. Januar 1964 im Deutschen Bundestag
[79]) Fritz Erler am 9. Januar 1964 im Deutschen Bundestag
[80]) Herbert Wehner am 22. Januar 1964 im Deutschen Bundestag
[81]) Herbert Wehner am 22. Januar 1964 im Deutschen Bundestag
[82]) Willy Brandt am 5. Juli 1964 vor der Bundestagung der Seligergemeinde
[83]) Fritz Erler am 15. Oktober 1964 im Deutschen Bundestag
[84]) Willy Brandt am 17. Juni 1964 in Berlin
[85]) Erich Ollenhauer am 11. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[86]) Erich Ollenhauer am 11. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[87]) Willy Brandt am 18. März 1963 vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin
[88]) Kommuniqué über die Sitzung des Parteivorstands der SPD am 28. August 1963
[89]) Fritz Erler am 24. Oktober 1963 im Deutschen Bundestag
[90]) Kommuniqué über die Sitzung des Parteivorstands der SPD am 14. Februar 1964 in Bonn
[91]) Erich Ollenhauer am 11. Oktober 1962 im Deutschen Bundestag
[92]) Erich Ollenhauer am 7. Februar 1963 im Deutschen Bundestag
[93]) Erich Ollenhauer am 7. Februar 1963 im Deutschen Bundestag
[94]) Kommuniqué über die Sitzung des Parteivorstands der SPD am 28. August 1963
[95]) Willy Brandt am 14. Dezember 1963 auf dem Bundeskongreß der SPD
[96]) Herbert Wehner am 14. Dezember 1963 auf dem Bundeskongreß der SPD
[97]) Vorstand der SPD, 13. Januar 1964
[98]) Willy Brandt am 17. Juni 1964 in Berlin
[99]) Präsidium der SPD, 28. August 1964
[100]) Präsidium der SPD, 28. August 1964
[101]) Vorstand der SPD, 11. September 1964
[102]) Fritz Erler am 15. Oktober 1964 im Deutschen Bundestag

ÜBERSICHT

VORWORT 5

A. Außenpolitik und Sicherheit

1. Deutschland in der Weltpolitik

a) Partner in der freien Welt 9

b) Im Spannungsfeld zwischen Ost und West 11

c) Freundschaft und Hilfe für die jungen Nationen 15

2. Bündnis für den Frieden

a) Atlantische Allianz 16

b) Kein Wettrüsten 19

c) Vernunft statt Gewalt 22

B. Einigung Europas

1. Europa als Aufgabe 25

2. Europa heute 27

3. Freundschaft mit Frankreich 32

C. Deutschland

1. Einheit und Freiheit 35

2. Hauptstadt Berlin 39

3. Die Mauern überwinden 41